

Des auditions et élucidations approfondies ont montré qu'une révision de la LFP s'impose pour ce qui est de l'orientation professionnelle. Ce secteur, qui s'est développé au cours des années, manque de clarté et d'uniformité. Des situations conflictuelles sont apparues entre diverses régions du pays ainsi qu'entre des différentes organisations d'orienteurs. La commission du Conseil des Etats a cependant jugé que la solution ne doit pas consister à cantonaliser complètement ce secteur, mais bien au contraire, de renforcer l'engagement de la Confédération, de manière à permettre une plus grande uniformité. Le conseil s'est rallié sans opposition à la motion proposée par sa commission, qui devrait permettre de clarifier et d'améliorer la situation actuelle, et d'éliminer certains points faibles. Le Conseil fédéral s'était déclaré prêt à accepter la motion.

Considérations de la commission

A sa séance du 29 octobre 1991, la Commission de la science et de la recherche a appris que le Département de l'économie publique avait eu des entretiens avec les milieux intéressés et en avait tiré de premières conclusions:

- Le mandat de la Confédération en matière de formation des orienteurs doit être reformulé, après entente avec les cantons, de manière à fixer le niveau à atteindre par des prescriptions minimales, à l'instar des écoles professionnelles supérieures.
- Le perfectionnement, l'information et la documentation seront sous la responsabilité commune de la Confédération et des cantons, ce qui devrait permettre d'en faire profiter tous les cantons dans une même mesure.
- La reconnaissance internationale des diplômes devrait être plus facile à obtenir si la formation des orienteurs est reconnue par la Confédération selon des critères uniformes.

La commission du Conseil national a unanimement souscrit aux objectifs de la motion du Conseil des Etats. Tout en déclarant sa satisfaction devant les démarches entreprises jusque là, elle n'a pas jugé utile de transformer la motion en postulat.

Antrag der Kommission

Mit 13 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung beantragt die Kommission, die Motion zu überweisen.

Proposition de la commission

Par 13 voix sans opposition et avec une abstention, la commission propose de transmettre la motion.

Abstimmung – Vote

Für Ueberweisung der Motion	66 Stimmen
Dagegen	47 Stimmen

92.002

Aussenwirtschaftspolitik 1991

Politique économique extérieure 1991

Bericht, Botschaften und Beschlussentwürfe vom 15. Januar 1992 (BBI 1016)

Rapport, messages et projets d'arrêtés du 15 janvier 1992 (FF I 1016)

Beschluss des Ständerates vom 10. März 1992

Décision du Conseil des Etats du 10 mars 1992

Kategorie III, Art. 68 GRN – Catégorie III, art. 68 RCN

Ordnungsantrag Marti Werner

Das Geschäft in Kategorie I behandeln

Motion d'ordre Marti Werner

Traiter l'objet en catégorie I

Marti Werner: Ursprünglich war dieses Geschäft in Kategorie V traktandiert, jetzt können wir es in Kategorie III behandeln. Von unserer Seite wurde im Büro ein Antrag auf Diskus-

sion in Kategorie II eingebracht. Dieser Antrag ist abgelehnt worden, so dass mir heute – wenn wir über dieses Geschäft diskutieren wollen – nichts anderes übrigbleibt, als den Ordnungsantrag auf Einreihung in Kategorie I zu stellen, da eine organisierte Debatte aus zeitlichen Gründen nicht mehr möglich ist.

Ich stelle Ihnen diesen Antrag aus folgenden Gründen: Auch wenn dieser Bericht nur im bescheidenen Hellgrün der EDMZ daherkommt, ist er meines Erachtens äusserst wichtig, insbesondere im Hinblick auf die Entscheide, die wir im Rahmen des EWR-Vertrages fällen müssen. Im übrigen bietet er Stoff für unzählige persönliche Vorstösse, Motionen, Interpellationen und Postulate. Ich erachte es deshalb als sinnvoller, wenn wir diesen Bericht heute à fond diskutieren, anstatt uns in Teilstücken im Rahmen der entsprechenden persönlichen Vorstösse damit auseinanderzusetzen. Wer den Bericht gelesen hat, kann feststellen, dass es sich hier um einen eigentlichen Knüller handelt. Das ist meine persönliche Auffassung. Ich möchte Ihnen nur ein Beispiel aufzeigen: Im einleitenden Kapitel «Betrachtungen zu den Rahmenbedingungen für die Schweizer Wirtschaft» hält der Bundesrat zu unserem ordnungspolitischen Fehlverhalten in Sachen Volkswirtschaft fest, dass wir da enorme zusätzliche Leistungen erbringen müssen. Dies müsste eigentlich auch die Deregulierungsexperten unseres Rates auf den Plan rufen. Auch diese sollten im Prinzip ein Interesse daran haben, dass wir heute über diesen Bericht eingehend diskutieren. Wenn man sieht, dass gemäss den Feststellungen des Bundesrates unsere Volkswirtschaft hauptsächlich wegen der Kartellierung jährlich zusätzliche Milliarden aufwenden muss, versteht man vielleicht

Präsident: Herr Marti, Sie haben nur den Ordnungsantrag zu begründen und nicht zur Sache zu sprechen.

Marti Werner: Ich begründe den Ordnungsantrag. Ich möchte ihn anhand dieses Beispiels begründen, insbesondere anhand des Kartells der Autoimporteure, das uns jährlich zusätzlich nicht 500 Millionen, sondern 548 Millionen Franken kostet. Ich meine, gerade diese Beispiele zeigen, dass eine ordnungspolitische Debatte zu diesem Thema wichtig ist. Wenn man stets von schlechten Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft spricht, sollten wir uns auch darüber unterhalten, weshalb diese Konsumgüter in der Schweiz bedeutend teurer sind als im Ausland. Ich möchte noch ein weiteres Beispiel erwähnen: die zusätzlichen Kosten, die das öffentliche Beschaffungswesen auf sich nehmen muss. Der Bericht spricht davon, dass der Bund zusätzlich 3,4 bis 3,6 Milliarden Franken aufwenden muss, wenn man

Präsident: Herr Marti, ich entziehe Ihnen das Wort. Wir kennen Ihr Anliegen: Sie möchten das Geschäft 92.002 in Kategorie I behandeln.

Ich beantrage Ihnen namens des Büros, am Beschluss Kategorie III festzuhalten. Dies um so mehr, als wir anschliessend bei den dringlichen Interpellationen über die Wirtschaftssituation noch eingehend Gelegenheit zur Diskussion haben. Wir möchten die Diskussion nicht doppelt führen. Auch im Rahmen der Kategorie III können die Anliegen von Herrn Marti diskutiert werden.

Abstimmung – Vote

Für den Ordnungsantrag Marti Werner	34 Stimmen
Dagegen	offensichtliche Mehrheit

Antrag der Kommission

Eintreten und Kenntnisnahme vom Bericht

Antrag Bäumlin

Bundesbeschluss B: Rückweisung an den Bundesrat.

Die Schweiz setzt den Vertrag Efta-Türkei aus, bis die Spannungen in der Region abgeklungen sind und die Türkei die Menschenrechte einhält.

Proposition de la commission

Entrer en matière et prendre acte du rapport

Proposition Bäumlín

Arrêté fédéral B: Renvoyer au Conseil fédéral.

La Suisse se doit de surseoir à la ratification de l'accord entre l'AELE et la Turquie jusqu'à ce que les tensions soient moins vives dans la région et que la Turquie se décide à respecter les droits de l'homme.

Wyss, Berichterstatter: Aufgrund der Neuorganisation der Kommissionen ist das Gebiet der Aussenwirtschaft der Aussenpolitischen Kommission zugeteilt worden.

Bis anhin wurden diese bundesrätlichen Berichte praktisch nur in einem schriftlichen Kommissionsbericht zusammengefasst. Es war vorgesehen, dieses Geschäft in Kategorie V zu behandeln. Die Kommission hat dann beantragt, es in Kategorie III zu behandeln: Deshalb diskutieren wir es heute in dieser Kategorie. Wir haben uns dafür eingesetzt, weil wir der Ansicht sind, dass der Bericht in seiner Gesamtheit einige brisante Punkte aufzeigt, die wir in diesem Rat behandeln müssen, wobei die Grenzziehung zwischen Aussenwirtschaft und Binnenwirtschaft gar nicht so einfach ist. Der Bundesrat ist der Meinung – die Kommission konnte sich dieser Meinung anschliessen –, dass das, was im Ausland wirtschaftlich geschieht, wesentlich grösseren Einfluss auf die Binnenwirtschaft hat, als man allgemein annimmt. Dass die binnenwirtschaftlichen Auswirkungen je nach allgemeiner Konjunkturlage verschieden sind und verschieden gewertet werden, ist klar.

Nun zum Bericht selbst: Neu an ihm ist – und das ist erfreulich und erfrischend –: Es wird nicht einfach rapportiert, was im Jahre 1991 wirtschaftspolitisch in Europa und weltweit passierte, sondern der Bundesrat hat sich die Aufgabe gestellt, aus seiner Sicht eine möglichst ungeschminkte Darstellung der heutigen Wirtschaftslage zu geben. Deshalb sind insbesondere die ersten 22 Seiten lesenswert, wo über die tendenzielle Abnahme der Standortqualität, über die Notwendigkeit einer ordnungspolitischen Besinnung und über die Ansatzpunkte einer künftigen Politik überaus klare Ansichten vertreten werden. Zudem legt der Bundesrat eine informative Beurteilung zur Weltwirtschaft und zur Aussenwirtschaftslage der Schweiz vor.

Zusammengefasst beurteilt der Bundesrat die heutige Wirtschaftslage skeptisch und führt dazu verschiedene Gründe auf, die man stichwortartig wie folgt zusammenfassen kann: Wir hatten während der letzten acht Jahre eine eher überhitzte Wirtschaftslage, welche eine starke Erweiterung unserer Produktivität mit sich brachte, mehr Arbeitsplätze schuf und den allgemeinen Wohlstand förderte. Relativ rasch hat sich das in den letzten Monaten geändert, was für viele Mitbürgerinnen und Mitbürger, aber auch für Wirtschaftsfachleute neue, insbesondere für jüngere Kader nicht mehr bekannte Situationen ergab. Zu erwähnen ist beispielsweise das starke Ansteigen der Arbeitslosigkeit. Diese hat ein Niveau erreicht, das wir seit langem nicht mehr kannten, auch wenn es international gesehen noch relativ tief ist. Zu nennen sind weiter das hohe Inflationsniveau, die hohen Zinssätze, alles Momente, die dazu führten, dass verschiedenste Wirtschaftszweige ganz plötzlich Probleme erhielten, die starke Bremsspuren hinterlassen. Sektoriell wurde insbesondere das Baugewerbe betroffen; aber auch viele Mittel- und Kleinbetriebe sowie Wirtschaftszweige des Dienstleistungssektors bekamen die rezessiven Auswirkungen zu spüren. Auch wenn in den letzten Wochen leichte Tendenzverbesserungen vermerkt worden sind, dürfte die Talsohle noch nicht überall erreicht sein.

Der Bundesrat hat denn auch in ungewöhnlich klaren Worten seine Meinung bekanntgegeben und betont, dass die Standortqualität der Schweiz ernsthaft erschüttert worden sei, dass eine ordnungspolitische Besinnung not tue, dass unter anderem eine Dekartellierung notwendig sei. Er erinnert daran, dass es immer mehr Schweizer Firmen gibt, welche Produktion, Forschung und Entwicklung ins Ausland verlagern. Ein weiteres Zeichen, dass die Standortqualität sinke, sei das Faktum, dass sich viel weniger ausländische Firmen in der Schweiz niederlassen.

Deutlich wird der Bundesrat im Kapitel, in welchem er die Notwendigkeit der ordnungspolitischen Besinnung aufnimmt und

Ansatzpunkte seiner künftigen Politik bekanntgibt, insbesondere was die Arbeitsmarktpolitik und die Wettbewerbspolitik anbelangt. Lesenswert sind auch seine Überlegungen zur Liberalisierung und Deregulierung, zu den administrativen Verfahren und zu den öffentlichen Finanzen.

Zur Wirtschaftslage selbst hat die Aussage des Bundesrates, der sich auf Schätzungen der OECD stützt und ein mit 0 bis 1 Prozent angegebenes Wirtschaftswachstum vorsieht, zu grösseren Diskussionen Anlass gegeben. Dass diese Beurteilung nicht nur weltwirtschaftlich bedingt ist, sondern auch innenpolitische Forderungen nach Strukturbereinigungen, Reduktion der Inflationsrate usw. nach sich zieht, ist klar.

Die ersten 22 Seiten gaben auch am meisten zu reden. Am Grundsatz der klaren Aussage des Bundesrates wurde zwar nicht gerüttelt; der Bericht ist denn auch mit allen gegen null Stimmen akzeptiert worden. Aber einzelne Voten zeigten doch, dass die Gründe und die Auswirkungen der Rezession nicht von allen Seiten gleich bewertet werden. Insbesondere wurde mehrfach die Frage gestellt, ob der Bericht nicht zu pessimistisch abgefasst worden sei, um dem Parlament und damit dem Schweizervolk darzulegen, dass logischerweise nur ein Beitritt zum EWR und später zur EG diese Probleme lösen würde. Eine Mehrheit in der Kommission bestritt diese Absicht – der Bundesrat selbst natürlich auch –, wurde doch klar dargestellt, dass der Wirtschaftsboom auch viele interne Strukturbereinigungen ausgelöst habe. Man erwartet viel von Vorschlägen zur Deregulierung oder, um ein neues Schlagwort zu nennen, von einer Revitalisierung des Wirtschaftslebens. Bundesrat Delamuraz hat versprochen, heute hier Gedanken zu solchen Massnahmen vorzubringen. Als Berichterstatter erlaube ich mir jetzt schon die Bemerkung, dass vieles, was zur Deregulierung oder Revitalisierung gemacht werden müsste, längstens bekannt ist – auch dessen Grenzen. Nur haben wir selbst im Parlament und in den Parteien über das Wie verschiedenste Auffassungen und waren bisher trotz verschiedenster Anstrengungen nicht fähig, die Gesetzes- und Verordnungswelle zu hemmen.

Die Frage, ob in einem solchen Bericht schon Massnahmen angedeutet werden müssten, hat unsere Kommission auch diskutiert, aber mehr als Dekorationen konnten nicht vorgeschlagen werden. Man fragte auch, ob nicht der Bundesrat selbst solche Vorschläge und Massnahmen hätte bekanntgeben müssen, beispielsweise im Bereich des Transportwesens und des Verkehrs: mit Ideen zur Privatfinanzierung der Neat, zur Teilprivatisierung der SBB, mit Hinweisen zu Erneuerungsprogrammen im Umwelt- und Energiesektor oder zur CO₂-Steuer oder mit Hinweisen im Bereich der Forschung, z. B. wie Effizienzsteigerungen an den technischen Hochschulen erreicht werden könnten usw.

Verschiedene Bemerkungen in bezug auf die Personenwagenimporte haben harte Kritik ausgelöst: Sie werden davon sicher noch hören. Insbesondere wurde die Dekartellierungspolitik des Bundesrates in Frage gestellt.

Zusammenfassend kann man zu diesem Teil des Berichtes betonen, dass praktisch die ganze Kommission die im Bericht enthaltene Selbstkritik teilt und dass ein Bekenntnis zur Marktwirtschaft unbestritten war; ebenfalls unbestritten war das Bedürfnis nach gewissen Deregulierungen. Aber über die Therapie hat man nur ansatzweise und je nach politischer Richtung verschiedene Vorschläge gehört. Die Feststellung, dass die Schweiz nicht mehr eine Insel sei und sein könne, wurde von der grossen Mehrheit geteilt. Man muss feststellen, dass in den umliegenden Ländern – speziell in der EG, aber auch weltweit – in den letzten Jahren mehr dereguliert worden ist als in der Schweiz und dass marktwirtschaftliche Erkenntnisse teilweise eher durchgesetzt worden sind. Das führt dazu, dass das Ausland aufgeholt hat, währenddem bei uns eine Art Stagnation eingetreten ist. Ähnlichkeiten mit dem Abschneiden der Schweiz an den Olympischen Spielen in Albertville sind rein zufällig. Vor allem ist nicht die Tagesform allein entscheidend!

Aus dem Bericht geht klar hervor, dass unsere binnenwirtschaftlichen Probleme heute weitgehend vom Ausland abhängig sind, dass sich aufgrund der internationalen Lage und der Entwicklungen aber auch Chancen ergeben können. Es ist

kein Grund zu Pessimismus vorhanden, sind wir doch von einem sehr hohen Standard zurück auf eine durchschnittliche Wirtschaftslage gekommen, wobei gewisse Strukturen – wie Anfangs erwähnt und im Bericht ausgeführt –, die im Boom vielleicht zu schnell gewachsen sind, sich auf natürliche Weise restrukturieren. Die Frage der Arbeitslosenquote allerdings gibt sicher auf allen politischen Seiten Anlass zu Sorge. Die Probleme – die statistischen Unterlagen kommen hinzu – müssen auch im Vergleich zu früheren Jahren neu überprüft werden.

Die restlichen Kapitel des Berichtes gaben nur zu wenigen Fragen Anlass, mit Ausnahme natürlich der Beurteilung der westeuropäischen Zusammenarbeit.

Die Kommission hofft, dass der Integrationsbericht möglichst bald zur Diskussion gestellt werden kann, weil dieser – unabhängig davon, wie es mit den EWR-Verhandlungen weitergeht – doch erhellt, wie der Bundesrat die weiteren Schritte auf Europa zu sieht. Die Kommission hofft – wie das übrigens mehrfach aus dem Parlament gewünscht worden ist –, dabei die Vor- und Nachteile einer europäischen Integration zu vernehmen, seien es die Überlegungen des Bundesrates zum EWR, zu einem Gesuch um Verhandlungen über eine Aufnahme von Beitrittsverhandlungen oder – kürzer gesagt – zu Aufnahmeverhandlungen oder zu einem sogenannten Alleingang.

Nebenbei bemerkt: Das Wort Beitrittsgesuch – das hat man in der Kommission festgestellt – ist ein missverständlicher Ausdruck. Im Französischen heisst es klar «demande de négociations d'adhésion». Da haben sich die Übersetzer wohl geirrt und eine Unsicherheit in die Welt gesetzt, die nicht notwendig gewesen wäre.

Über den Zeitplan konnte natürlich noch nichts gesagt werden, weil sehr viel davon abhängt, was in bezug auf den EWR respektive auf die Überlegungen des Bundesrates betreffend einen möglichen Termin zur Aufnahme von Verhandlungen über einen eventuellen Beitritt der Schweiz zur EG geschieht. Betont wurde einmal mehr, dass der Transitvertrag, wenn er vom Parlament akzeptiert wird, eine Art Eigenleben führt; denn wenn der EWR-Vertrag nicht zustande kommt, kann der Transitvertrag unabhängig davon in Kraft treten – allerdings nicht, wenn die Neat-Abstimmung negativ verlaufen würde. Der Transitvertrag hat eine Laufzeit von zwölf Jahren und präjudiziert nicht, dass wir anschliessend das entsprechende EG-Recht übernehmen müssen.

Zu den weiteren Kapiteln ergaben sich einige Detailfragen, wie beispielsweise über den Stand der Uruguay-Runde und damit auch einmal mehr über das Problem der Landwirtschaft. Neues war dabei nicht zu erfahren, da noch hart verhandelt wird, und zwar sowohl innerhalb unseres Landes mit den verschiedensten Organisationen wie auch mit anderen Ländern, welche sich bisher noch nicht über die Liberalisierung der Landwirtschaft in allen Ländern einigen konnten.

Die Botschaft betreffend das Protokoll zur Verlängerung der Vereinbarung über den internationalen Handel mit Textilien gab zu keinen Bemerkungen Anlass.

Bei der Botschaft über das Abkommen zwischen den Efta-Ländern und der Türkei wurden die Frage der Menschenrechte und die damit verbundenen Massnahmen des Bundesrates kurz angeschnitten.

Beide Beschlusssentwürfe werden zur Annahme empfohlen. Der Antrag von Frau Bäumlin betreffend Rückweisung des Abkommens zwischen den Efta-Ländern und der Türkei wurde erst später eingereicht und in der Kommission nicht behandelt.

M. Maitre, rapporteur: Les rapports sur la politique économique extérieure sont souvent l'occasion d'une sorte de catalogue de ce qui a été fait. On assiste ainsi, année après année, à ce que j'appellerai le rituel photographique qui consiste à offrir une image de ce qui a été entrepris. Cette façon de concevoir les rapports de politique économique extérieure, qui n'est de loin pas inintéressante, a quand même quelque chose de statique. Et le Conseil fédéral, cette fois-ci et à juste titre, a choisi de donner à ce rapport un éclairage beaucoup plus prospectif, engageant par conséquent une réflexion plus approfondie, en

particulier sur un certain nombre de nos conditions-cadres intérieures.

Cette façon de concevoir le rapport de la politique économique extérieure a été saluée en commission et elle a permis un débat approfondi, dont un certain nombre de pistes intéressantes ont été tirées. A n'en pas douter, la commission a trouvé que ce rapport était en soi lucide et qu'il offrait une réflexion de fond quant aux conditions permettant à notre pays de se frotter valablement à la concurrence, une réflexion tout à fait valable. Des discussions engagées ont eu lieu à propos, en particulier, des conditions-cadres qui permettent à l'économie de notre pays de se mouvoir; j'y reviendrai dans un instant.

Le fil conducteur de ce rapport est en définitive la réflexion que nous avons à faire sur la capacité de notre pays à être concurrentiel sur les marchés extérieurs, et cette capacité dépend d'un certain nombre de conditions intérieures. Il s'agit simplement, à ce stade, de rappeler qu'un pays tel que le nôtre, qui est un petit pays, qui n'a pas de marché intérieur suffisant pour le faire vivre durablement, est condamné à être meilleur que les autres, sur les marchés des autres, en définitive est condamné à avoir une idée d'avance, une technologie d'avance, une aptitude à produire moins cher pour se placer valablement sur les marchés étrangers.

Sur ce point, les réflexions de la commission ont été marquées du sceau, non pas du pessimisme, mais d'une certaine forme de réalisme lucide en ce qui concerne les fameux avantages comparatifs dont nous pouvions, à juste titre, nous prévaloir jusqu'à il y a peu de temps. Nous assistons en effet à une perte, à une érosion progressive de ces avantages comparatifs. Comprenons-nous bien, ce n'est pas nécessairement que nous soyons devenus plus mauvais, mais c'est très vraisemblablement parce que d'autres pays sont devenus meilleurs. Et c'est ainsi que ces avantages comparatifs, dans la balance, se sont peu à peu érodés pour faire perdre à notre pays des positions significatives dont il pouvait jusque là se prévaloir. Il y a quelques années, les Suisses disaient «il n'y en a point comme nous», c'était vraisemblablement un péché d'orgueil. Si nous n'y prenons garde, on pourra peut-être, dans quelques années, dire «il n'y en a point comme nous», mais à la manière d'un constat de défaite, simplement parce qu'effectivement les autres sont sensiblement meilleurs.

Et c'est dans ce sens-là que des réflexions à la fois conjoncturelles et structurelles ont été engagées dans le cadre de la commission. Sur le plan conjoncturel, je les citerai très rapidement, des réflexions ont été faites en ce qui concerne le secteur de la construction, qui est de loin le plus touché, et en particulier en Suisse romande. Un débat qui vient de se terminer était là pour le montrer. Des réflexions ont été faites à propos de la croissance économique de notre pays, et on constate non sans un certain souci – pour ne pas dire un souci certain – que notre croissance économique est inférieure à celles de nombreux pays industrialisés. Sur le front conjoncturel toujours, l'inflation nous voit être l'un des mauvais élèves de ce continent. Il est même vraisemblable que notre niveau d'inflation ne nous rendrait pas eurocompatibles pour ne pas dire euroacceptables, même si sur ce point une amélioration est heureusement attendue. Si l'on parle des déficits des budgets publics de la Confédération, mais aussi et surtout des cantons, si l'on parle de ce qui se passe sur le front du chômage, il y a là évidemment de quoi nourrir un certain nombre d'inquiétudes.

Une réflexion en ce qui concerne le front du chômage: plusieurs constatations ont été faites, et elles ont été rejointes par celles du Conseil fédéral lui-même, que les cantons romands et le Tessin sont sensiblement plus touchés. C'est un fait connu, il doit être mis en relation avec une autre donnée. Ces cantons sont, pour la quasi-totalité d'entre eux, frontaliers, c'est-à-dire des cantons soumis à une concurrence plus vive, soumis à des cautèles d'interdépendance plus marquées. Le débat central auquel nous sommes confrontés se dessine donc parfaitement, parce que ce qui est dit aujourd'hui pour les cantons romands frontaliers devra vraisemblablement être écrit demain pour l'ensemble de la Suisse, si nous n'y prenons pas garde.

Sur le plan structurel, votre commission s'est penchée sur un certain nombre de conditions-cadres qui permettent à notre économie de développer, dans la meilleure des hypothèses, certaines performances, voire dans un certain nombre d'hypothèses – hélas! réelles – de se trouver en retard par rapport à d'autres pays. Notre constat est le suivant: il est frappant de voir que nombreuses sont les entreprises suisses de plus en plus intéressées à produire à l'extérieur de nos frontières, et inversement, de moins en moins nombreuses sont les entreprises étrangères qui sont d'emblée intéressées à venir en Suisse pour y exercer leur talent. Cela montre donc bien le problème de l'affaiblissement, de l'engourdissement d'un certain nombre de nos conditions-cadres.

Je me limiterai à quelques exemples relevés en commission: par exemple, sur le plan fiscal, nous devons de toute évidence régénérer notre fiscalité, en particulier notre fiscalité indirecte sur le plan fédéral. Sur ce point, il est symptomatique de constater – la commission l'a fait – que le Conseil fédéral appelle à la régénération des conditions-cadres et que, s'agissant par exemple de la fiscalité, on assiste à des manoeuvres de blocage de la régénération de nos fiscalités indirectes, qui consisterait à introduire une TVA eurocompatible. Il en va de même en ce qui concerne le droit de timbre. Il est impressionnant de constater dans notre pays que la capacité de nos banques à se placer valablement dans un certain nombre de secteurs économiques pointus est aujourd'hui freinée par des instruments fiscaux qui, alors même que nous avons la capacité de les modifier, voire de les supprimer – tel est le cas du droit de timbre – font que ces modifications sont aujourd'hui soumises à un référendum. Tout cela procède de cet éternel engourdissement helvétique qui revient à imaginer qu'au-delà de nos frontières le monde n'existe plus.

Toujours au titre des exemples, la formation a retenu l'attention de votre commission. Tout le monde admet que la formation est un investissement absolument essentiel pour le présent et pour l'avenir. Nous souhaiterions, à cet égard, que le Conseil fédéral puisse également faire un certain nombre de choix. Est-il vraiment judicieux de lancer des programmes d'impulsions nouvelles dans la formation – par exemple, le programme CIM, le programme en matière microélectronique – puis, simultanément, alors que les cantons se sont organisés pour répondre présent, de demander une réduction des subventions que la Confédération envisageait de verser auxdits cantons? Il y a là un certain nombre de distorsions entre la volonté que nous saluons et les actes qui nous laissent parfois sur notre faim.

De même – autre exemple mentionné dans le domaine de l'environnement – s'il est de toute évidence nécessaire de poursuivre l'effort qui conduit à assurer toujours mieux la protection de l'environnement dans le cadre du développement des activités économiques, est-il vraiment indispensable de sombrer dans la bureaucratie à tel point que les études d'impact se suivent et en précèdent d'autres, à propos d'un seul et même projet qui viendra sur le marché, dans la meilleure des hypothèses avec du retard, et dans la pire – celle qui est souvent réaliste – ne viendra pas du tout sur le marché?

Il ne s'agit pas, dans ce rapport et dans les réflexions faites en commission, de donner de bonnes ou de mauvaises notes. Nous sommes tous dans le même bain – les cantons, la Confédération, les différents gouvernements cantonaux, le gouvernement fédéral et les différents Parlements – pour admettre qu'il est moins cinq – si vous me permettez cette expression – pour construire un système ouvert, susceptible de se mesurer aux réalités de la concurrence; qu'il est moins cinq pour admettre enfin qu'une économie meurt si elle n'est pas soutenue par une certaine croissance, celle qui crée des activités et dégage de la capacité à investir.

Le postulat d'une économie ouverte conduisait bien naturellement votre commission à dégager également certaines réflexions sur la situation actuelle de notre pays dans le cadre de l'intégration européenne et dans le cadre des négociations du GATT. Le rapport du Conseil fédéral en ce qui concerne l'intégration européenne de notre pays, a été jugé par certains comme étant une sorte d'autojustification avancée, une sorte de plaidoyer avant la lettre en faveur de l'Espace économique

européen. D'abord, et M. Delamuraz, conseiller fédéral, l'a clairement dit, le rapport est de toute évidence dépassé sur ce point, tant l'actualité évolue rapidement. D'autres, et je suis personnellement au nombre de ceux-là, auraient peut-être souhaité trouver dans ce rapport quelques percées plus significatives encore dans la logique nouvelle que s'est fixée à juste titre le Conseil fédéral et qui consiste maintenant à dire que l'Espace économique européen est une étape vers une forme plus achevée, plus nécessaire d'intégration, celle de l'adhésion de notre pays à la Communauté.

La commission bien entendu n'avait pas mission de débattre à fond sur ce sujet, puisque c'est un débat qui aura lieu à l'occasion du dépôt du 3^e rapport du Conseil fédéral sur la politique d'intégration européenne. Sur ce point, nous sommes plusieurs à souhaiter – je parle ici à titre personnel et non pas comme rapporteur – que le Conseil fédéral ne manque pas une occasion qui se présente pour faire des pas clairs qui nous permettraient d'être véritablement partenaires dans une négociation plus fondamentale, qui semble pouvoir s'ouvrir dans un avenir prochain sur l'élargissement de la Communauté.

Le dossier européen nous rappelle, de toute évidence, à un exercice de lucidité dynamique. De quoi s'agit-il? Il faut être conscient – et ce n'est pas faire de l'autoflagellation que de le dire, c'est simplement de la lucidité que de s'en souvenir – que notre pays, par toute une série d'inerties que nous connaissons bien n'a vraisemblablement ni la force ni la capacité de se réformer à lui tout seul pour être véritablement vigoureux face à la concurrence. Comme nous savons par ailleurs que cette réforme est nécessaire, à défaut de quoi c'est le niveau de vie de notre pays qui sera atteint au cours de ces prochaines années, il est également logique d'admettre que l'intégration européenne est un instrument extrêmement puissant pour nous aider à accélérer ces réformes qui, sur le plan helvétique, sont absolument nécessaires.

Deux mots en ce qui concerne le GATT. Le Conseil fédéral a réitéré à la commission des assurances claires sur le rééquilibrage voulu par la Suisse en ce qui concerne le paquet agricole. Cela mérite d'être souligné parce que, contrairement à ce que disent d'aucuns, il n'est pas question que la Suisse brade cet aspect important de sa structure sur l'autel du libre-échange. Mais il y a évidemment des équilibres à trouver dans cette négociation extrêmement difficile qu'est le GATT. La situation est préoccupante, l'objectif d'un accord pour Pâques est toujours affiché et nous espérons que le fait d'évoquer Pâques n'est pas une manière détournée d'envisager la Trinité, c'est-à-dire jamais. Il faut se souvenir en effet que la négociation du GATT est dépendante du calendrier électoral américain et que, au-delà d'un certain stade, vraisemblablement la négociation serait reprise après les élections présidentielles américaines; cela serait très préoccupant parce que certaines discussions, si elles n'étaient reprises ab ovo, en tout cas feraient perdre un temps considérable.

La liberté économique et l'ouverture économique a effrayé d'aucuns. En commission des propos concernant la situation sociale de notre pays ont été évoqués. Le Conseil fédéral, sur ce point, a confirmé très clairement que la liberté économique et l'ouverture économique nécessaires pour notre pays ne devaient pas entraîner de dumping social effréné. Il n'est pas question à une dérégulation aveugle de prendre la place de la structure que nous connaissons dans notre pays. Il n'est pas question de démanteler l'état social. Je crois d'ailleurs que le Conseil fédéral l'a prouvé au cours de ces dernières semaines, notamment sur le front du chômage, où des améliorations extrêmement bienvenues, extrêmement bien ressenties dans les cantons directement touchés, ont été d'ores et déjà réalisées. Mais le problème fondamental sur le plan helvétique est véritablement de tordre le cou à un certain nombre de rentes de situation qui sont autant d'obstacles à un marché ouvert, à un marché véritablement concurrentiel. En réalité l'enjeu de la politique économique extérieure de notre pays est de faire de cette Suisse un site capable d'exporter ses activités, d'exporter son savoir, d'exporter ses produits, un site capable d'accueillir de nouvelles entreprises, non pas pour y installer des boîtes aux lettres, mais pour y développer des activités diversifiées qui offrent de véritable débouchés aux jeunes.

En mot encore – et je conclus par là – en ce qui concerne l'accord de libre-échange avec la Turquie. C'est un problème politique que suggère la proposition de Mme Bäumlín. Il n'est pas question de dire aujourd'hui que tout est rose en Turquie et que sur le plan des droits de l'homme tout va bien dans ce qui serait le meilleur des mondes. De toute évidence, un certain nombre de problèmes préoccupants demeurent, et il est important que notre pays puisse s'en souvenir. La question fondamentale que nous devons nous poser aujourd'hui est celle de l'intérêt de l'Europe à maintenir, voire à développer un volume d'échanges avec la Turquie. La Communauté a compris qu'il était nécessaire de le faire, l'AELE également. C'est la raison pour laquelle la Suisse se trouve aujourd'hui en situation de devoir donner son avis sur ce point.

En réalité, sur le plan politique, le problème est somme toute à la fois très brûlant et très simple: il s'agit de ne pas couper les ponts avec un pays qui appelle à un développement économique pour soutenir également un développement démocratique. Couper les ponts avec la Turquie reviendrait vraisemblablement à prendre le risque insensé de rejeter ce pays dans les bras de l'intégrisme, ce qui serait évidemment une catastrophe du point de vue de la défense des droits de l'homme. La Turquie occupe une position géostratégique absolument fondamentale, et il est du devoir de l'Europe de s'en préoccuper. Si l'Europe ne vient pas comme un soutien, certes pas à n'importe quelle condition du point de vue des droits de l'homme, si elle oublie son devoir à l'égard de la Turquie, les risques sont bien là que désormais les pays plus proches de la conception intégriste s'en occupent, et cela pourrait créer des déséquilibres absolument catastrophiques pour la sécurité même du continent européen.

Telles sont les raisons pour lesquelles la commission vous propose, par 15 voix contre deux et une abstention, d'accepter l'arrêté qui concerne l'accord de libre-échange entre l'AELE et la Turquie et, par voie de conséquence, vous invite à rejeter la proposition Bäumlín.

Frau Bäumlín: Wenn Sie vorhin bei der Abstimmung über den Ordnungsantrag Marti Werner zugunsten der Kategorie I entschieden hätten, hätte ich mich zum Abkommen zwischen den Efta-Ländern und der Türkei äussern können. Jetzt habe ich mein Anliegen in einen Rückweisungsantrag eingekleidet. Dieser Rückweisungsantrag hängt zudem mit dem Teil der Parlamentsreform zusammen, der bereits in Kraft getreten ist: Das ist das neue Kommissionenwesen unseres Rates. Erstmals haben die zusammengelegten aussen- und wirtschaftspolitischen Kommissionen den Bericht des Bundesrates zur Aussenpolitik gemeinsam beraten. Das hat zu einigen kritischen Rückfragen der «reinen» Aussenpolitiker und Aussenpolitikerinnen geführt wie z. B. der meinigen, weshalb der Bundesrat die Verschuldungsproblematik der Drittweltländer heute als weniger dramatisch ansieht als früher. Wurde das einfach dem IWF nachgebetet, der diese Problematik kürzlich auf den vierten oder fünften Rang zurückgestuft hat, unberührt von sozialen Verelendungsprozessen in den verschuldeten Ländern? Bedeutet eine solche Einschätzung in einem bundesrätlichen Bericht, dass sie zur schweizerischen aussenpolitischen Maxime erhoben wird, wenn das Parlament den Bericht zur Kenntnis nimmt? Das wäre einer der Vorgänge, wie sie uns von früher bestens bekannt sind – wie z. B. die unseelige Gesamtverteidigungspolitik von 1973, die auch über einen Bericht hereingekommen ist, oder das fatale Dreikreisemodell der neuen Ausländerpolitik – und gegen die wir als Legislative so machtlos sind, weil es bei Berichten nichts zu beschliessen oder abzulehnen gibt.

Der zuständige Beamte des BawI hat den Verdacht der Verharmlosung der Verschuldungsproblematik zwar zurückgewiesen und der aussenwirtschaftspolitischen «Laiin», die ich bin, erklärt, wie die Schweiz an der Abflachung der Verschuldungslage mitwirke. Aber auf die altbekannten Folgen der Strukturanpassungsprogramme ist er mit keinem Wort eingegangen. Dafür haben das BawI und die Aussenwirtschaft wohl einfach kein Gespür oder vielleicht auch keinen Sinn.

Ich musste diesen Zusammenstoss mit der Kommission so ausführlich darlegen, um plausibel werden zu lassen, warum

ich nun, bei dem Teil des Geschäfts, wo es eben etwas zu beschliessen gibt, mit einem Rückweisungsantrag daherkomme. Er ist für mich schlicht die Probe aufs Exempel schweizerischer Aussenpolitik.

In der Kommission habe ich bei der Botschaft zum Abkommen bemängelt, dass darin die Menschenrechtssituation in der Türkei mit keinem Wort angesprochen wird, und habe vom Aussenwirtschaftsminister Erläuterungen erhalten, dieses Handelsabkommen würde per se die Spannungen und Aggressivitäten in der Türkei vermindern helfen; hingegen würde eine Isolierung, wie das vorhin auch der welsche Sprecher ausgedrückt hat, diese Spannungen nur noch verschärfen. Zwischen Erwähnung und ultimativen Bedingungen sowie zwischen moralischem Druck und isolierendem Entzug wirtschaftlicher Begünstigung ist jedoch meiner Meinung nach ein grosser Unterschied. Das Abkommen kann der Bundesrat hinausschieben und sagen, warum wir das tun. Der Bundesrat erhält so eine Frist, um diplomatisch seinen Einfluss zum Guten – nicht zu einer Isolation, Herr Bundesrat – wirksam werden zu lassen.

Herr Bundesrat Delamuraz, Sie sind ein hinreissender Redner. Ihre Antwort in der Kommission hat mich recht beeindruckt. Setzen Sie Ihr Talent in Ankara ein. Erklären Sie dort unserem zukünftigen Handelspartner, dass wir in der Schweiz die Aussenpolitik und die Aussenwirtschaftspolitik zusammengelegt haben und dass das für die Menschen beider Länder eine echte Perspektive ist.

Ich betone: für die Menschen. In Ihrer Botschaft kommen diese aber sozusagen nicht vor, ausser dass es heisst, dass in der Türkei die Bevölkerung Ende dieses Jahrhunderts auf über 70 Millionen Menschen ansteigen dürfte und die Ausnützung dieses Potentials um so verlockender sein werde, je liberaler die türkischen Behörden ihre Wirtschaftspolitik fortsetzen würden. Selbst die Erwähnung der gegenwärtigen schwierigen Probleme in der Türkei bewegt sich in der Botschaft auf einem so abgehobenen, abstrakten Niveau, dass die Skandale der Aussenverschuldung, der Inflation, der Wanderbewegungen, insbesondere der Landflucht, nicht plastisch zu werden vermögen, keine Erklärung finden können und das wohl auch gar nicht sollen; denn – jetzt zitiere ich den Bericht wörtlich auf Seite 188f. –: «Die Türkei ist ein wichtiger Partner der Schweiz und ihrer Wirtschaft. Unsere Ausfuhren nach diesem Land entwickelten sich im Laufe der letzten Jahre in ermutigender Weise (1990: 811 Mio. Fr.). Sie haben sich seit 1984 praktisch verdoppelt an der Spitze liegen die chemischen Produkte, Maschinen sowie Instrumente und Apparate Die Verpflichtungen der Exportrisikogarantie (ERG) für Lieferungen schweizerischer Güter nach der Türkei sind relativ hoch Die Schweiz reiht sich unter die ersten ausländischen Investoren auf dem türkischen Markt ein Im März 1988 haben die Schweiz und die Türkei ein bilaterales Abkommen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen abgeschlossen.»

In diesem kruden Wirtschaftswachstumsszenario sind Störfaktoren offensichtlich unerwünscht. Deswegen macht sich der schweizerische Bundesrat etwas vor, wenn er sagt, die Minderheitenkrise und die Menschenrechtsverletzungen seien im Abnehmen begriffen und würden sich schliesslich von selber auflösen.

Heute stimmt das weniger als je, und Ihr Kollege Aussenminister und Bundespräsident hat auf entsprechende Fragen in der letzten Fragestunde ganz klar geantwortet, dass der Bundesrat die Entwicklung mit grosser Besorgnis verfolge und dass er bei Kontakten mit Regierungsmitgliedern und diplomatisch immer wieder die Verbindlichkeit der Menschenrechte betont und die Angriffe auf die kurdische Zivilbevölkerung in der Türkei und in Nordirak eindeutig verurteilt habe. Aber was hat es genützt?

Auch hier gilt es deshalb, die beiden Politiken zusammenzuhängen und aus den beiden divergierenden Schweizer Regierungen, die sich zum selben Land völlig gegensätzlich, ja einander ausschliessend äussern, eine einzige mit einer kohärenten aussenpolitischen Aussage zu machen. Dazu bietet sich dieser Handelsvertrag zwischen den Efta-Ländern und der Türkei geradezu an. Ich weiss, dass das neu wäre; ich

weiss, dass wir es nicht einmal dort, wo wir eine Menschenrechtsklausel im Gesetz haben, nämlich bei der Waffenausfuhr, ordentlich befolgen und die Vorschriften immer wieder zuungunsten der verfolgten und bedrohten Menschen uminterpretieren, weil Wirtschaft Wirtschaft ist, Markt Markt, Geschäft Geschäft, Know-how Know-how, Wachstum die einzige Motivation und Perspektive – und weil Menschen nicht viel zählen.

Vielleicht könnte uns ein Licht aufstecken, was kürzlich im US-Repräsentantenhaus geschehen ist: Die uns vergleichbare Kammer hat ein Veto von Präsident Bush mit Zweidrittelmehrheit überstimmt, um zu verhindern, dass China die Meistbegünstigungsklausel ohne Berücksichtigung der Menschenrechtsfrage eingeräumt werde. Der Senat, das amerikanische «Stöckli», wird das vermutlich wieder rückgängig machen. Aber das Repräsentantenhaus hat ein deutliches Zeichen gesetzt, dass Menschenrechte und Wirtschaftspolitik zusammengehören, und zwar auch wenn es zuungunsten der letzteren geht.

Es ist auch interessant, im Bericht zu sehen, dass die Botschaft zum Abkommen auf eine Art Initiationsritus hinausläuft. Mit diesem geht die Türkei vom Status eines Entwicklungslandes über zu einem europäisierten Handelspartner. Sie wird damit quasi erwachsen, zivilisiert, sozusagen «marktkonfirmiert».

Mit der Annahme meines Antrages würde dieser Vorgang ein wenig verzögert. Das – und das ist das Wichtigste – kann im Frühjahr 1992 für Tausende von kurdischen Menschen lebensrettend werden; denn Staatspräsident Oezal soll mit einer militärischen Grossoffensive à la Saddam Hussein gegen sie gedroht haben. Legitimiert hat er das als Vergeltungsschlag gegen politische Attentate in Istanbul und Ankara.

Die Annahme meines Rückweisungsantrages könnte so zu einer dringlichen Aktion auf internationaler Ebene werden; die Verzögerung, die unsere Wirtschaft gewiss verkraften kann und die türkische auch, könnte zu einem segensreichen Einhaltgebieten und zu diplomatisch unterstütztem Verhandeln in solch krisenhafter Situation führen.

Ich fasse zusammen: Mit der Annahme meines Antrages würden Sie Rücksicht nehmen auf die Lebenswirklichkeit hinter dem von grossen Wirtschaftsinteressen geprägten Handelsvertrag. Das würde ich eine neue Aussenpolitik nennen.

Ich bitte Sie deswegen inständig, diesen Rückweisungsantrag zu unterstützen.

Präsident: Ich schätze Ihre Offenheit, Frau Bäumlín. Sie haben gesagt, Sie hätten Ihren Rückweisungsantrag nur gestellt, um die Redeordnung zu umgehen. In der Tat wären Sie sonst nicht zu Wort gekommen. Trotzdem sollte man natürlich die Regelungen nicht auf diese Weise unterlaufen.

Frau Bäumlín: Ich habe im Rückblick auf die Kommissionssitzung festgestellt, dass mein Anliegen nur zum Zug kommen kann, wenn ich es am richtigen Ort, nämlich bei einem eigenen Geschäft, einbringe. Bei der Botschaft konnte ich mich ja dazu nicht äussern. Ich habe sicher begründet, dass mein Anliegen es wert ist, diesen Antrag zu stellen und das Parlament – wie im US-Repräsentantenhaus – darüber abstimmen zu lassen.

Columberg: Der vorliegende Bericht ist nicht ein Rapport im üblichen Sinne. Er zeichnet sich durch eine aussergewöhnliche Offenheit und durch eine schonungslose Kritik über verhängnisvolle Entwicklungen und Missstände in unserer Wirtschaftspolitik aus.

Die CVP-Fraktion begrüsst deshalb diesen Bericht. Zentral und zugleich beunruhigend ist vor allem eine Feststellung: die tendenziell abnehmende Qualität des Standortes Schweiz. Diese Feststellung muss uns wirklich beunruhigen. Wenn keine substantiellen Veränderungen eintreten, wird unsere Stellung im internationalen Wettbewerb, wird unser Wohlstand gefährdet sein. Wir werden nicht mehr die Besten sein, vor allem auch dann nicht, wenn wir uns am Integrationsprozess nicht beteiligen. Die Schweiz ist längst keine Insel mehr, die sich eine völlig eigenständige Wirtschaftspolitik erlauben

kann. Unsere Verflechtungen mit Europa sind äusserst intensiv. Ich habe es bereits gesagt: Die Abnahme der schweizerischen Standortqualität muss uns wirklich beunruhigen. Daraus ergibt sich die Gefahr, dass immer mehr schweizerische Unternehmen nicht nur ihre Produktion, sondern auch Forschungs- und Entwicklungsabteilungen ins Ausland verlagern, während ausländische Unternehmen den Standort Schweiz zunehmend meiden. Die noch bestehenden Vorteile genügen nicht mehr, um den Wohlstand unseres Landes und den Lebensstandard seiner Bevölkerung zu garantieren.

Fazit: Gerade weil das Ausland aufgeholt hat und weiterhin aufholt, wird es für unsere Wirtschaft immer schwieriger, unsere kartellistisch überhöhten Produktionskosten, das hohe Schutzniveau der Landwirtschaft sowie den Perfektionismus im Normenbereich zu tragen und gleichwohl in der verschärften internationalen Konkurrenz zu bestehen. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit einer ordnungspolitischen Besinnung und einer Wiederherstellung des freien Wettbewerbs. Auf eine Kurzformel gebracht lautet die Losung für die schweizerische Wirtschaftspolitik: «Wettbewerbsfähigkeit nach aussen durch mehr Wettbewerb im Innern.»

Nach Ansicht der CVP-Fraktion müssen die Folgerungen dieses Berichtes als Richtlinien in die Legislaturplanung einfließen. In diesem Zusammenhang stellt sich allerdings die bange Frage, ob die Schweiz aus eigener Kraft die notwendigen Reformen zu verwirklichen vermag.

Ein weiterer Punkt ist das administrative Verfahren. Aus der Negativliste ziehe ich lediglich einen Aspekt hervor: Der Zeitbedarf für das Bewilligungsverfahren ist enorm. So kann es nicht mehr weitergehen! Das heisst nicht Verzicht auf eine seriöse und umfassende Prüfung. Es bedeutet aber weniger Perfektionismus, weniger bürokratischen Kleinkram, Verwesentlichung, Straffung und vor allem Beschleunigung der Verfahren; andernfalls vertreiben wir wichtige, interessante Investitionen. Wer ist noch bereit, diesen mehrjährigen und risikoreichen Hürdenlauf durchzustehen, vor allem wenn das Ausland mit grossartigen Angeboten und ganz schnellen Verfahren lockt? Hier ist Remedur dringend notwendig! Es ist unerlässlich, dass sowohl der Bundesrat wie auch die kantonalen Regierungen klare Anweisungen an sämtliche Verwaltungsstellen erteilen, das Verfahren zu beschleunigen und sich auf das Wesentliche zu beschränken.

Wenn wir wollen, dass bedeutende Investitionen in diesem Land getätigt werden, müssen wir auch möglichst bald Klarheit haben über die Europapolitik, über den Europakurs, den dieses Land einzuschlagen gedenkt. Jeder Investor will wissen, wohin die Reise führt, bevor er den Zug besteigt.

Eine letzte Bemerkung betrifft die regionalpolitische Absicherung: Vermehrter Wettbewerb und Deregulierung bedeuten grössere Gefahren für eine dezentrale Besiedelung unseres Landes. Darum muss diese Politik, diese dezidierte Politik der Liberalisierung und des schärferen Wettbewerbs, durch eine regionalpolitische Abfederung ergänzt werden. Wir stellen beispielsweise einen Anstieg der Arbeitslosigkeit fest, wobei die regionalen Unterschiede erheblich sind. Aus verschiedenen Ecken ertönt der Ruf nach Beschäftigungsprogrammen. Gleichzeitig bereitet der Bund eine drastische Kürzung bewährter regionalpolitischer Massnahmen vor, nämlich des Beitrags an die Schweizerische Verkehrszentrale oder an die schweizerische Gesellschaft für Hotelkredit. Das ist eine unverständliche, eine widersprüchliche Politik mit verhängnisvollen Auswirkungen. Ueberhaupt, Herr Bundesrat, der Tourismus als äusserst wichtiger Pfeiler unserer Volkswirtschaft kommt in diesem Bericht etwas zu kurz. Meine Bitte deshalb an Herrn Bundesrat Delamuraz: Ist es möglich, eine klare Aussage zu machen, ob der Bundesrat bereit ist, ein neues, den Zeitumständen angepasstes regionalpolitisches Konzept vorzulegen und in diesem Bereich der Regionalwirtschaft rechtzeitig die notwendigen Vorkehrungen zu treffen?

Zum Rückweisungsantrag von Frau Bäumlín: Namens der CVP-Fraktion bitte ich Sie, diesen Antrag abzulehnen. Vorerst eine kritische Vorbemerkung formeller Art: Ich bin etwas überrascht, dass Frau Bäumlín als Kommissionsmitglied einen Rückweisungsantrag stellt. Sie war nämlich bei der Kommissionsberatung dabei, und das Geschäft war in der Kommiss-

sion kaum bestritten. Ein solches Verfahren ist nicht unbedingt eine Hilfe für einen rationellen und effizienten Ratsbetrieb.

Zum Materiellen: Es trifft zu, dass die Türkei Probleme mit der Beachtung der Menschenrechte hat. Verschiedene wichtige Organisationen beschäftigen sich seit Jahren mit diesem Missstand. Ich denke dabei insbesondere an den Europarat. Wir im Europarat haben einen Ausschuss beauftragt, vor Ort die erforderlichen Abklärungen vorzunehmen und der Parlamentarischen Versammlung umfassend Bericht zu erstatten. In der Zwischenzeit fand ein Regierungswechsel statt. Die Vertreter der türkischen Regierungspartei haben uns im Rechtsausschuss versichert, sie würden sich für eine Verbesserung der unhaltbaren Zustände einsetzen.

Fazit: Das Problem ist erkannt, und Verbesserungen werden von den dazu berufenen europäischen Institutionen nachdrücklich verlangt. Eine Rückweisung dieses Geschäfts ist deshalb nicht nötig; sie ist falsch: Sie straft die Falschen; sie schadet der wirtschaftlichen Entwicklung dieses Landes; sie verstärkt den Migrationsdruck; sie ist geeignet, die Anzahl der Asylsuchenden in unserem Land zu vergrössern.

Eine Rückweisung steht im Widerspruch zu unserem Landesinteresse, und darum bitte ich Sie namens der CVP-Fraktion, den Rückweisungsantrag abzulehnen. Das hindert unseren Bundesrat selbstverständlich nicht, der türkischen Regierung in einer geeigneten Form eindrücklich unsere bestimmten Erwartungen hinsichtlich der Respektierung der Menschenrechte zu übermitteln.

Steffen: Die Fraktion der Schweizer Demokraten und der Lega dei Ticinesi nimmt vom vorliegenden Bericht und von seinen Beilagen und Anhängen, alles in allem 250 Seiten, Kenntnis, was allerdings nicht heissen muss, dass nach der Lektüre eines dermassen umfangreichen Berichtes sehr viel haften bleibt. Aber der Bericht ist gewissermassen ein Lexikon zum Nachschlagen, wenn wir Parlamentarier uns über das wirtschaftliche Geschehen im Jahre 1991 gezielt ein Bild machen wollen.

Verwaltung und Bundesrat legen einen Bericht vor, der die wirtschaftliche Situation der Schweiz mit Schwerpunkt Europa zur Darstellung bringt – dies in offener und klarer Weise –, wobei in den Zeilen und zwischen den Zeilen die bundesrätliche Integrationspolitik in Richtung EWR und EG nicht zu übersehen ist. Dies schlägt sich natürlich auch in der Beurteilung der Rahmenbedingungen für die Schweizer Wirtschaft nieder: Da werden die überbordende Regulierungsfreude, die abnehmende Standortqualität, die massiven Budgetdefizite der öffentlichen Hand, die zu hohe Inflationsrate und das Ausweichen von Unternehmen auf ausländische Forschungs- und Werkplätze beklagt; da wird dann vom Bundesrat – und von Kollegen im Ständerat – die dringliche Notwendigkeit einer ordnungspolitischen Besinnung betont, und es werden eine Wiederherstellung des freien Wettbewerbs durch eine umfassende Dekartellierung der Schweiz, ein Abbau interventionistischer staatlicher Eingriffe, eine Verstärkung des Wettbewerbs im öffentlichen Beschaffungswesen und eine Liberalisierung des Arbeitsmarktes gefordert – d. h. eine Liberalisierung auch der Ausländerpolitik nach der Kurzformel: «Wettbewerbsfähigkeit nach aussen durch mehr Wettbewerb im Innern.» Die hier aufgelisteten Forderungen müssten nach dem Abschluss des EWR-Vertrags unter dem Druck der Vereinbarungen erfüllt werden, was als verdeckte Werbung für diesen Integrations-schritt verstanden werden darf.

Hier melden sich bei uns ernst zu nehmende Bedenken bezüglich der möglichen wirtschaftlichen Folgen. Unserer Meinung nach dürften diese Eingriffe in unser feinstrukturiertes Wirtschaftssystem nicht unerhebliche wirtschaftliche und soziale Turbulenzen zur Folge haben, insbesondere dann, wenn dieses deregulierende ordnungspolitische Handeln rasch und abrupt erfolgen sollte. Eine gegenüber dem übrigen Europa mit seinen 360 Millionen Menschen in ungeschützter Konkurrenz stehende kleine Schweiz müsste mit erheblichen Erschütterungen rechnen. Wir sind ein Hochlohn-, Hochpreis- und Hochschuldenland mit einer regulierten wirtschaftlichen Filigranstruktur des Gebens und Nehmens im Binnenmarkt. Schmerzhafte Struktur Anpassungen,

wie man so schön sagt, hätten Betriebsschliessungen und zusätzliche Arbeitslose, mit noch nicht genau abschätzbaren sozialen Spannungen und innenpolitischen Turbulenzen, zur Folge. Wenn diese Anpassungen mit so schönen Worten wie «Möglichkeit zur Revitalisierung der Wirtschaft» und «Vorstoss zu neuen Ufern» begleitet werden, ist man wenigstens so ehrlich, beizufügen, dass mit einem rauhen Wind des Wettbewerbs zu rechnen sei. Hoffen wir, dass dieser rauhe Wind nicht zum Orkan anwächst, welcher selbst knorrige, gesunde Unternehmen zu Fall bringt. Soweit einige allgemeine wirtschaftspolitische Gedanken.

Ich möchte in einem zweiten Teil noch auf die Ausrichtung auf Europa, worauf der Bericht das Schwergewicht legt, zu sprechen kommen. Vergleicht man im Bericht die Länge der Ausführungen zu den Themen «Westeuropäische Zusammenarbeit» und «Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Mittel- und Osteuropa» mit dem Abschnitt «Bilaterale Beziehungen» (zu den Staaten auf den übrigen Kontinenten), dann fällt auf, wie sehr Europa im Vordergrund steht. Natürlich lässt sich dies mit dem grossen Anteil unseres Export- und Importgeschäftes gegenüber Europa begründen. Die Gefahr, dass sich die Schweiz zu sehr nur auf die Wirtschaftsbeziehungen mit Europa beschränkt und darob die Pflege aussereuropäischer Märkte vernachlässigt, scheint durchaus zu bestehen.

Die Reisen von schweizerischen politischen und wirtschaftlichen Delegationen z. B. in den pazifischen Raum sind sehr zu begrüssen, und die geknüpften Beziehungen müssten unserer Meinung nach ausgebaut und vertieft werden. Dem eher gesättigten EG-Wirtschaftsraum mit seinen 360 Millionen Einwohnern steht z. B. ein pazifisch-asiatischer Wirtschaftsraum mit weit über einer Milliarde Menschen gegenüber. Letztere haben unseres Erachtens Bedürfnisse, die für unsere Exportwirtschaft von grossem Interesse sein sollten; deshalb müsste die schweizerische Präsenz in jenem Raum unbedingt verstärkt werden.

Um es etwas pointiert auszudrücken: Wir sollten nicht der Gefahr erliegen, den wirtschaftlichen Blick durch europäische Scheuklappen zu verengen, sondern wir müssen gezielt die Weltoffenheit verstärken, quasi unter dem Titel «Weltweite Diversifikation der Märkte».

Soweit unsere Bemerkungen zum Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik.

Was das Protokoll zur Verlängerung der Vereinbarung über den internationalen Handel mit Textilien und das Abkommen zwischen den Efta-Ländern und der Türkei anbetrifft, empfehlen wir Ihnen, diese zu genehmigen.

Wir empfehlen Eintreten und Kenntnisnahme vom Bericht; den Rückweisungsantrag Bäumlins lehnen wir ab.

Frey Walter: Der Bundesrat beantragt, dass wir vom Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik im Jahre 1992 Kenntnis nehmen und die Verlängerung des Multifaserabkommens des Gatt sowie das Abkommen zwischen den Efta-Ländern und der Türkei genehmigen.

Als Sprecher der SVP-Fraktion möchte ich gleich einleitend feststellen, dass wir damit einverstanden sind. Wir möchten jedoch einige Kommentare abgeben.

Zum Abkommen zwischen den Efta-Ländern und der Türkei: Aus schweizerischer Sicht besteht das übergeordnete Ziel dieses Abkommens ja darin, für den Warenverkehr zwischen der Schweiz und der Türkei gleiche Voraussetzungen zu schaffen wie für die Handelsbeziehungen zwischen der EG und der Türkei. Diesem Vorgehen kommt grundsätzliche Bedeutung zu; denn es zeigt, wie wir handelspolitisch mit der EG gleichziehen können, ohne Bestimmungen hinnehmen zu müssen, die wir nicht hinnehmen möchten. So erachten wir es auch als richtig, wenn für Agrarprodukte – mit Ausnahme der verarbeiteten Landwirtschaftserzeugnisse sowie der Fische und anderer Meeresprodukte – bilaterale Vereinbarungen in Aussicht genommen werden. Damit lässt sich der Agrarhandel mit der Türkei regeln, ohne auf teilweise sehr spezielle Interessen einzelner Efta-Partner – z. B. im Bereiche Fischerei – Rücksicht nehmen zu müssen.

Wir stimmen dem Abkommen und den dazugehörigen Anhängen zu.

Zum Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik. Der Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik für das Jahr 1991 verdient angesichts der bevorstehenden Entscheidung über unser Verhältnis zur EG besonderes Interesse. Er hat zwei Schwerpunkte:

1. die sehr beachtenswerten Darlegungen über die Rahmenbedingungen der schweizerischen Wirtschaft;
2. die Ausführungen über die westeuropäische Zusammenarbeit, d. h. die vorläufige Berichterstattung über die EWR-Verhandlungen.

Zum Abschnitt 1, Betrachtungen zu den Rahmenbedingungen. Ein Kompliment ist am Platz für die einleitenden Betrachtungen zu den Rahmenbedingungen für die Schweizer Wirtschaft und für die Ausführungen über die tendenzielle Abnahme der Standortqualität im Vergleich zu anderen Ländern. Es ist auch zu begrüßen, dass der Bundesrat unmissverständlich auf die «überbordende Regulierungsfreude auf allen drei Ebenen unseres Staatswesens» (S. 5) und die damit verbundenen schwerwiegenden ordnungspolitischen Folgen hinweist. Dem Bundesrat ist auch zuzustimmen, wenn er auf die bedrohliche Summierung vieler negativer Faktoren aufmerksam macht. Dies hat dazu geführt, dass uns andere Länder – und zwar auch solche, die seit Jahren mit grossen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben – mit ihrer Wirtschaftsentwicklung inzwischen beinahe eingeholt oder gar überholt haben. Dass die Schweiz eine deutlich höhere Inflationsrate aufweist als jene Industrieländer, die unsere wichtigsten Konkurrenten sind, ist alarmierend. Die massiven Budgetdefizite bei Bund, Kantonen und Gemeinden sind nicht nur für die öffentliche Hand beunruhigend, wie im Aussenwirtschaftsbericht zu lesen ist, sondern auch für die gesamte Wirtschaft und die Steuerzahler. Die Fiskalbelastung wird zu einem immer wichtigeren Standortfaktor. Deshalb ist es so wichtig, die Staatsquote in Schranken zu halten und mit den verfügbaren Mitteln haushälterischer umzugehen. Ich weiss sehr wohl, dass diese Ermahnung nicht nur an den Bundesrat zu richten ist, sondern auch an uns selbst, an das Parlament.

Besonderes Interesse verdienen die selbstkritischen Ausführungen, wonach es angesichts der positiven Entwicklungen im Ausland immer schwieriger wird, unsere aus fiskalischen und kartellistischen Gründen überhöhten Produktionskosten, das hohe Schutzniveau der Landwirtschaft und den Perfektionismus bei der Setzung von Normen weiterhin zu tragen. Dazu ist folgendes zu bemerken: Es gibt viele Gründe, weshalb wir im Vergleich zum Ausland höhere Produktionskosten haben. Sie sind dann tragbar, wenn sie verbunden sind mit höherer Produktivität und mit besserer Leistung. Wenn es daran mangelt, dann sind die schweizerischen Leistungen auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig. Es gilt daher alles zu tun, um konkurrenzfähig zu bleiben, soweit wir es noch sind, und konkurrenzfähig zu werden in Bereichen, in denen wir echte Chancen haben. Zweifellos müssen wir danach trachten, mehr als bis anhin der besseren Leistung zum Durchbruch zu verhelfen, den Wettbewerb zu fördern und dabei auch kartellistische Hindernisse aus dem Weg zu räumen.

Indessen kann nicht einfach alle Schuld den Kartellen zugeschrieben werden. Wenn ausländische Industrieerzeugnisse erschwerten Zugang zum schweizerischen Markt haben, so ist das z. B. im Bereich der Automobilimporte – Sie kennen meine Berufsgattung – vor allem eine Folge unserer international nicht harmonisierten Vorschriften über Bau und Ausrüstung von Fahrzeugen und kann nicht wettbewerbsbeschränkenden Kartellabsprachen zugeschrieben werden. Wenn sich die Schweiz den Luxus leistet, ganz bewusst andere Abgas- und Lärmvorschriften und andere Messmethoden vorzuschreiben als jene, die in den anderen Ländern und insbesondere auch in der EG Geltung haben, ist das nicht nur mit höheren Kosten, sondern eben auch mit erschwertem Marktzugang verbunden. Gut gemeint ist manchmal das Gegenteil von gut! Etwas Kartell zu nennen, was nicht Kartell ist, wird auch durch die häufige Wiederholung nicht richtiger.

Dass unserer Landwirtschaft ein starker und damit auch kostspieliger Schutz zukommt, ist bekannt. Der heutige Zustand ist aber nichts anderes als das Ergebnis einer langjährigen Agrarpolitik, die gekennzeichnet war durch den politischen Willen, einen gesunden Bauernstand zu erhalten. Die Erkenntnis, dass

es so wie bisher nicht mehr weitergehen kann, ist aber nur das eine. Eine ganz andere Frage ist, wie man den Uebergang zu neuen Strukturen finden kann. Dabei gilt es insbesondere auch gangbare Wege für die Finanzierung der in Aussicht genommenen Direktzahlungen zu finden. Hier wird besonders deutlich erkennbar, wie eng Aussenwirtschaft und Binnenwirtschaft zusammenhängen. Man kann eben an der Aussenfront nicht vertreten, was innenpolitisch nicht akzeptierbar ist.

Sehr berechtigt ist der Hinweis auf den Perfektionismus im Normenbereich. Hier sind wir das Opfer unserer Eigenheit, alles besser wissen zu wollen und uns mit Lösungen, die anderswo gefunden worden sind, nicht zufriedenzugeben. Zum Beispiel sind wir sehr stolz auf unsere Vorreiterrolle, eine Vorreiterrolle, die aber auch ihren Preis hat, beispielsweise im Umweltschutz. Wenn wir jetzt an den Gipfel von Rio denken, sehr geehrter Herr Bundesrat, muss ich Ihnen sagen: Dieses Treffen hat vor allem politische Bedeutung, und dass über 25 Prozent unserer Landesregierung dort anwesend sind, ist meines Erachtens eine Uebertretung.

Unter den Ansatzpunkten für unsere künftige Politik verdienen die Ausführungen über die öffentlichen Finanzen Beachtung. Es ist bemerkenswert, dass der Bundesrat ausdrücklich sagt, die Staatshaushalte auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene hätten ein Ausmass erreicht, das bereits zu einer gefährlichen Schwächung unserer Volkswirtschaft führte. Reichlich diskret erscheint dann aber die Schlussfolgerung, wonach eine Bundesfinanzreform vorzusehen sei, welche die Eidgenossenschaft mit einem modernen und europafähigen Steuersystem ausstatten werde. Das bedeutet doch nichts anderes, als dass der Bundesrat die Notwendigkeit eines raschen Uebergangs zur Mehrwertsteuer anerkennt. Nun gilt es, die Erkenntnis in eine praktikable Vorlage umzusetzen. Der Gesamtbundesrat sollte ein Zeichen setzen und den Vorsteher des Finanzdepartementes auf die Spur bringen. Wir brauchen dringend ein modernes Steuersystem, und zwar unabhängig davon, ob der EWR-Vertrag zustande kommt oder nicht. Angesichts der internationalen Grosswetterlage ist nun ein rascher Systemwechsel nötig. Der Streit um Details muss in dieser Situation in den Hintergrund treten.

Was Schwerpunkt 2, die westeuropäische Zusammenarbeit, anbelangt, muss ich abkürzen. Ich habe zu den Darlegungen über die EWR-Verhandlungen und über die Verhandlungsergebnisse grösste Vorbehalte. Ich werde diese anbringen, wenn der Bundesrat eine entsprechende Botschaft formuliert hat. Ich kann mich ganz kurz ausdrücken: Aus dem angestrebten Liberalisierungsvertrag zwischen der EG und den EFTA-Staaten ist ein schlechter Integrationsvertrag geworden.

Zu den Gatt-Verhandlungen im Bereiche der Landwirtschaft: Bei den Gatt-Verhandlungen kommt dem Bereich Landwirtschaft deshalb grosse Bedeutung zu, weil der Handel mit Landwirtschaftserzeugnissen zu einem wichtigen neuen Bestandteil des Vertragswerks werden soll. Dabei ist die entscheidende Stossrichtung die Oeffnung der Märkte für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Das soll durch Umwandlung aller nichttarifären Massnahmen an der Grenze erreicht werden, wozu auch die mengenmässige Beschränkung der Zölle gehört. Das führt zu einem Abbau des Grenzschutzes. Es steht somit ein grundlegender Systemwechsel beim Handel mit Agrargütern bevor.

Solchen Entwicklungen kann sich die Schweiz nicht entziehen, wenn sie weiterhin Partner im weltumspannenden Gatt-Vertrag bleiben will; das steht ausser Frage. Damit ist aber auch vorauszusehen, dass die bisher in der Schweiz gültigen Preisstrukturen für landwirtschaftliche Erzeugnisse nicht mehr lange beibehalten werden können. Das bedeutet das Ende vieler tragender Elemente unserer bisherigen Landwirtschaftspolitik, die das Einkommen der Bauern über die Preise sicherstellt.

Wir kommen daher gar nicht darum herum, den Anwendungsbereich von Direktzahlungen, die ja in einzelnen Sektoren schon heute angewendet werden und die mit dem im Werden begriffenen Gatt-Vertrag vereinbar sind, auf weitere Bereiche auszuweiten. Ich bitte Sie, nun endlich der Bauernschaft zu sagen, wie Sie das zu tun gedenken.

Wir sind mit dem Antrag auf Kenntnisnahme einverstanden.

Jaeger: Das ist der 20. Aussenwirtschaftsbericht, den ich in diesem Rat persönlich zur Kenntnis nehmen durfte. Ich möchte dem Bundesrat, dem Departementschef und seinen Mitarbeitern gratulieren. Nach meiner Auffassung ist dieser Bericht bezüglich der ökonomischen Analyse das Beste, was ich in dieser Sache aus dieser Küche gehört und gelesen habe. Ich möchte vor allem die klare Diagnose, die Selbstkritik und die Offenheit der Sprache anerkennen. Ich glaube, nur so kommen wir tatsächlich mit der Reform unserer Wirtschaft, die überdringlich ist, weiter: nur mit dieser selbstkritischen Analyse.

Wenn ich vielleicht doch noch etwas kritisch beleuchten werde, so sind es die Konklusionen. Ich meine: Man hat noch zu wenig konsequente Schlussfolgerungen aus der zum Teil doch etwas düsteren Analyse gezogen.

Sie erwähnen zu Recht den Dualismus unserer Wirtschaft. Die Fakten sind klar, das Gatt hat sie nur wieder einmal aufgezeigt: Unsere Wirtschaft ist in eine Binnen- und eine Aussenwirtschaft zweigeteilt. Erstere ist durch und durch administriert, kartelliert und reguliert. Denken wir nur an unsere Arbeitsmärkte. Wir haben zum Teil fast zünftische Zustände. Und es ist nicht Panikmache, wenn wir das sagen, sondern das sind die Tatsachen. Ich darf darauf hinweisen, dass ich schon vor Jahren immer auf diese Dinge hingewiesen habe. Die Binnenwirtschaft verursacht uns volkswirtschaftliche Kosten, und zwar in der Höhe von mindestens 20 bis 30 Milliarden Franken. Diese volkswirtschaftlichen Kosten muss die Aussenwirtschaft tragen, der andere Teil der Wirtschaft, die Exportwirtschaft. Sie hat nicht nur mit schwierigen Wettbewerbsbedingungen auf den Weltmärkten zu kämpfen, sondern sie muss auch noch die Last der Binnenwirtschaft mittragen. Das ist eine Last, die sie bisher tragen konnte. Bis heute war es ihr möglich, auf zahlreichen Gebieten trotzdem noch an vorderster Stelle zu stehen. Nun hat aber das Ausland aufgeholt. Denken wir an die Wachstumsrate des Bruttosozialproduktes! Denken wir an die Inflationsraten, wo wir heute auf der Höhe Italiens liegen! Italien war früher jeweils das schlechte Beispiel, das wir unseren Studenten präsentierten; heute dürfen wir dazu nichts mehr sagen. Denken wir an die Zinsentwicklung! Denken wir an die Finanzdefizite!

Es ist auch richtig, was zur Sklerotisierung unserer Standortbedingung gesagt wurde. Wir haben in unserem Hochschulinstitut zu diesen Fragen im Rahmen des Nationalfonds Studien gemacht, und wir können das alles bestätigen. Ich muss sagen: Leider gilt das auch für die Auslagerung von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten ins Ausland. Das ist meines Erachtens besorgniserregend. Denn wenn die Arbeitsplätze einmal verlorengehen und wenn später auch das Denken ins Ausland verlagert wird, dann herrscht Alarm, dann müssen wir über die Bücher gehen. Die Diagnose – ich habe schon über die Regulierungen gesprochen – ist richtig; wir müssen hier mit den Reformen ansetzen, und zwar nicht morgen, sondern heute, denn wir sind bereits – ich muss das sagen – viel zu spät dran.

Im Gegensatz zu anderen Rednern möchte ich mit einem kritischen Unterton hinzufügen, dass ich die Gefahren und die Kosten einer Nichtintegration für etwas zu harmlos dargestellt halte. Ich habe viel mehr Angst vor dem Diskriminierungsrisiko, als sie in diesem Bericht zum Ausdruck kommt. Ich habe das auch mit Herrn Hauser besprochen. Auch er unterschätzt nach meiner Auffassung in seiner Studie die Risiken beispielsweise eines Alleinganges und die schwerwiegenden Nachteile einer künftigen Diskriminierung durch einen europäischen Integrationsraum, der eben stärker wird, wenn intern Mauern abgebaut und nach aussen Mauern errichtet werden. Wenn wir nicht an diesem Integrationsprozess teilnehmen, sind für uns diese Mauern doppelt so hoch.

Ich möchte folgende Schlussfolgerungen ziehen: Ich teile die Auffassung des Bundesrates, dass binnenwirtschaftliche Deregulierung nötig ist und dass das öffentliche Beschaffungswesen anders organisiert werden muss – aber auch dann, wenn es für eigene Unternehmungen hart wird. Die Landwirtschaft muss reorganisiert werden. Wir können mit dieser Agrarordnung nicht mehr weiterfahren. Die Fremdarbeiterpolitik, die ganze Dekartellierung im Gesundheitswesen, im

Transportwesen, im Fernmeldewesen, dann auch die Erleichterung, Vereinfachung und Aenderung der Baubewilligungsverfahren: all das muss kommen, und zwar besser heute als morgen, auch wenn damit Härten geschaffen werden. Diese Härten gibt es, wir kommen nicht darum herum. Denken Sie an die Oststaaten: Wenn sie die Marktwirtschaft einführen wollen, müssen sie zuerst eine sehr lange Durststrecke überwinden. Auch wir werden die neue Zukunft nicht erreichen, wenn wir nicht bereit sind, diese Durststrecke, diese binnenwirtschaftlichen Härten, auf uns zu nehmen.

Ich habe heute morgen eine parlamentarische Initiative eingereicht, die ich vor Jahren schon einmal eingereicht habe. Herr Bundesrat, ich möchte unsere Wettbewerbspolitik auf eine andere Basis stellen. Wir können nicht mehr mit der Missbrauchsgesetzgebung operieren. Diese Zeiten sind vorbei. Wir müssen das Kartellgesetz revidieren. Herr Bundesrat, Sie nicken; ich glaube, wir sind gleicher Auffassung. Sie haben es im Bericht noch nicht ganz so deutlich geschrieben; aber ich konnte zwischen den Zeilen lesen, dass Sie diese Auffassung teilen.

Erforderlich ist der Abbau der aussenwirtschaftlichen Barrieren, vor allem im Normenbereich und im öffentlichen Beschaffungswesen, aber auch eine Verstetigung der Geld-, Finanz- und Fiskalpolitik. Das ist meines Erachtens eine der wichtigsten Forderungen. Wir werden heute in der Konjunkturdebatte nochmals auf diese Anliegen zurückkommen. Dann passt aber auch keine antizyklische oder keynesianische Ausgabenpolitik in ein solches Konzept. Ich muss Sie davor warnen, hier wieder alte Sünden zu begehen, die nichts nützen, sondern langfristig eher nur schaden können.

Nun komme ich zu einem nächsten Punkt – das kann ich hier nicht lassen –: Es braucht auch eine Klärung des europapolitischen Kurses. Diese Klärung tut not. Wir alle wissen nicht so recht, was unsere Regierung eigentlich will. Wir wissen zwar, was die einzelnen Bundesräte wollen. Aber wir wissen nicht, was unsere Regierung will. Es ist an der Zeit, dass unsere Regierung klar Stellung nimmt, wie sie den Weg zu Europa wählen will. Herr Steffen, ich meine damit nicht, dass man beispielsweise die Öffnung in Richtung asiatisch-pazifischer Raum aus den Augen lassen soll. Auch das sind wichtige Aspekte. Ich gehe mit Frau Bäumlin in vielem einig, was sie heute mit Bezug auf den Link zwischen Menschenrechten und Aussenwirtschaftspolitik gesagt hat. Aber das entbindet uns nicht davon, ganz klar auf die europäische Integration Kurs zu nehmen.

Es gibt eine parlamentarische Gruppe mit über 45 Mitgliedern aus beiden Räten, die heute ein EG-Beitrittsgesuch einreichen möchte, die ganz klar diesen europapolitischen Kurs gehen möchte, und zwar nicht aus Euphorie – überhaupt nicht aus Euphorie –, sondern eingedenk aller Nachteile, aller Härten, die damit verbunden sind. Aber wir meinen, dass das Abseitsstehen noch grössere Nachteile bringt, dass das Abseitsstehen uns langfristig eben noch sklerotisch-verhärtet machen wird. Man wird uns satellisieren. Wir werden unter einen Anpassungszwang von aussen kommen, dem wir dann später nicht gewachsen sind.

Ich komme zum Schluss: All das – Öffnung unseres Landes, Öffnung auch unserer Aussenwirtschaftspolitik Richtung Weltwirtschaft, aber vor allem Richtung Europa, Mitmachen bei der zukünftigen Gestaltung des europäischen Raumes, auch des Europäischen Wirtschaftsraumes – wird uns mehr Wettbewerb bringen, wird uns rauhe Bedingungen bringen. Ich gebe das durchaus zu. Aber der Wettbewerb hat noch immer zuerst einmal Sturmwind gebracht. Gerade wenn wir noch weiter zuwarten, alles noch abwarten und das Tor noch zugemauert lassen, wird uns dieser Sturmwind immer stärker treffen. Aber auf lange Sicht haben Marktwirtschaft und Wettbewerb noch immer alle gestärkt und allen Vorteile gebracht. In diesem Sinne, Herr Bundesrat, hätte ich heute von Ihnen gerne ein klares Wort zu Ihrer Europavision gehört.

Mühlemann: Herr Kollege Jaeger hat für die FDP-Fraktion schon fast alles gesagt. Wir können seine Ausführungen, seinen flammenden Aufruf zur Liberalisierung nur unterstützen. Herzlichen Dank, Herr Jaeger.

Wir befinden uns in einem ökonomischen Wellental. Es besteht kein Zweifel darüber, dass all die neunmalklugen Ökonomen, die behaupten, wir seien wieder auf dem Aufstieg, nicht recht haben. Wir werden uns noch längere Zeit mit dieser wirtschaftlichen Krise auseinandersetzen müssen. Das ist das politische Problem Nummer eins.

Herr Vizepräsident, sagen Sie Ihrem Präsidenten: Dieses Traktandum hätte mindestens eine Behandlung in Kategorie II verdient; denn hier haben wir es mit etwas Wesentlichem zu tun, das auch das Volk noch stärker beschäftigen wird.

Die freisinnig-demokratische Fraktion nimmt positiv Kenntnis vom Aussenwirtschaftsbericht. Es ist ein aussagekräftiger Bericht, der in der Diagnose klar ist, aber auch verheissungsvolle Ansätze für die Therapie aufzeigt. Das ist eigentlich neu. Bis jetzt war dieser Bericht ein Rechenschaftsbericht, der nicht so klar und eindeutig zur Aktualität Stellung bezog.

Es besteht kein Zweifel, dass man lange darüber diskutieren könnte, wer eigentlich an dieser kritischen Situation schuld sei. Wir haben in der Aussenpolitischen Kommission auch gestritten und natürlich festgestellt, dass die Extrempolitiker der rotgrünen Ideologie schuld seien, indem sie jahrelang die Wirtschaft verteufelt und Nullwachstum gepredigt hätten: «Und jetzt haben wir's!» Diese entgegneten dann zu Recht, die bürgerliche Mehrheit in diesem Saal habe ja zugelassen, dass wir ständig mehr Regulative aufstellten und die Liberalisierung nicht durchführten.

Es hat keinen Sinn, den Schwarzen Peter hier hin- und herzuschieben; wir sind alle schuld. Schuld ist natürlich auch die Mentalität als Ganzes, indem wir immer mehr dem Staat übertragen und immer weniger selber lösen wollen.

Das ist das Verdienstvolle am Bericht von Herrn Bundesrat Delamuraz, dass er nicht bei der Diagnose stehenbleibt. Er hat einer hochkarätigen Expertengruppe den Auftrag gegeben, ein sogenanntes Revitalisierungsprogramm, ein Erneuerungsprogramm unserer Wirtschaft, zu skizzieren. Vielleicht müsste man sagen, es sollte im politischen Bereich ein ähnliches Programm geben. Es ist ein hochinteressantes und sehr geschicktes Papier. Ich hoffe, dass es bald in die Räte kommt. Ich möchte Herrn Bundesrat Delamuraz und vor allem seine Kollegen ermutigen, dies zu tun und uns auch tranchenweise die Liberalisierungsversuche schmackhaft zu machen.

Es geht primär darum, dass wir im Bereiche des Denkplatzes Schweiz wieder innovativer und mutiger werden; dass wir es wagen, Dinge zu erfinden und in wirtschaftliche Unternehmen umzusetzen, die Gewinne bringen, die wir brauchen, um unsere lädierte Staatskasse zu füllen. Es ist so, dass wir über Nacht zu einem armen Mann geworden sind, weil die Wirtschaft nicht floriert. Das sind Zusammenhänge, die wir besser erkennen müssen.

Ich darf auch darauf hinweisen, dass der Werkplatz Schweiz von einer stärkeren Wettbewerbssituation leben muss und dass der Kampf gegen die Kartelle nicht nur verbal, sondern praktisch aufgenommen und durchgeführt werden muss.

Schliesslich sollten im Bereiche des Dienstleistungsplatzes die berühmten Rahmenbedingungen, von denen wir immer sprechen, endlich so werden, dass wir unsere Arbeitsplätze nicht ins Ausland verlegen, sondern dass hier die Hauptgewinne erzielt und auch versteuert werden.

In diesem Zusammenhang sind auch die Infrastrukturbereiche zu beachten. In diesem Papier sind erstaunlicherweise sehr viele Privatisierungs- oder Teilprivatisierungsversuche drin. Wir müssen das Tabu der PTT, der SBB und der SRG endlich angehen und dort unternehmerischen Wind hineinbringen. Das alles gehört zum gesamten Programm.

Ich wage ein bisschen zu bezweifeln, ob wir uns aus eigenen Kräften aus diesem Sumpf ziehen können. Darum würde ich es sehr begrüßen, wenn der sehr vernünftige EWR-Vertrag zustande käme. Denn der EWR-Vertrag ist hier Hilfe; er liefert Synergieeffekte und würde uns die ganze Liberalisierung sehr erleichtern. Es ist ein vernünftiger Wirtschaftsvertrag. Ob wir dann, Herr Jaeger, darüber hinaus einen politischen Schritt wagen, ist für mich noch mancher Erwägung wert. Der Schweizer wird hier in zwei Schritten vorgehen und nicht in einem.

Ich möchte Herrn Bundesrat Delamuraz ermutigen, seine Ak-

tion, die er persönlich lanciert hat, weiterzuführen. Er hat sicher unsere Unterstützung. Das Stichwort muss für uns alle heissen: Courage!

M. Frey Claude: Traditionnellement, la politique du commerce extérieur faisait l'objet d'un gros rapport pour un petit débat de circonstance. Cette année, il en va tout autrement. Une petite introduction de moins de 10 pages nous permet un vrai débat politique, un débat de fond. Toutes les conditions sont en effet réunies: il y a l'appréciation lucide de la situation et les éléments d'une nouvelle politique. Le constat est clair, les années de prospérité nous ont boursoufflés d'une réglementation qui entrave le dynamisme de notre économie. Le résultat est là, mesurable en termes d'avantages comparatifs. Les conditions-cadres de notre économie se dégradent. Nous sommes moins bons au moment où les autres deviennent meilleurs. Bref, nous avons oublié cette vérité d'évidence: si nous voulons rester un pays prospère, nous sommes condamnés à l'excellence. Nous devons donc opérer un changement radical.

Dans les éléments d'une nouvelle orientation de sa politique économique, le Conseil fédéral ébauche un changement de cap. Le groupe radical est si heureux de ce frémissement de nouvelle politique qu'il s'est mis à deux porte-parole, Monsieur le Conseiller fédéral, pour vous apporter son appui le plus total. Vous en aurez d'ailleurs besoin, car entre le dire et le faire il y a un fossé que le Conseil fédéral, dans sa pleine et entière collégialité, n'a pas encore franchi.

Nous prendrons quatre exemples pour illustrer ce scepticisme quant aux réelles intentions du Conseil fédéral et du Parlement d'ailleurs. Premier exemple, extrait du rapport bien sûr: au chapitre «Libéralisation et déréglementation» le Conseil fédéral dénonce les ingérences de l'Etat qui perturbent les mécanismes du marché et il cite le marché foncier. Là, je passe, après le vote, sur le délai de revente des immeubles, voulu par le Conseil fédéral et confirmé par le Parlement!

Deuxième exemple: au chapitre des «Procédures administratives», le Conseil fédéral observe que les investissements industriels sont engagés là où ils peuvent l'être rapidement et sans complications bureaucratiques. Il relève qu'en Suisse les délais usuels, notamment dans le secteur de la construction, représentent un réel désavantage par rapport à l'étranger et il en tire la conclusion qu'il faut simplifier considérablement les procédures d'autorisation. Or, dans le même temps, on alourdit les ordonnances d'exécution de la loi sur l'environnement, les études d'impact entraînent des coûts et des délais disproportionnés: pour construire une route, on doit investir 30 à 40 pour cent du coût total dans les études, notamment dans les études d'impact. C'est tout simplement déraisonnable.

Troisième exemple, tout particulièrement éclairant: au chapitre des «Finances publiques», je relève la phrase suivante dans le rapport du Conseil fédéral: «Il faudrait encore prévoir une réforme des finances fédérales qui soit à même de doter la Confédération d'un système fiscal moderne et eurocompatible». Là ce n'est pas déraisonnable, c'est contradictoire: c'est l'inverse de ce que fait le Conseil fédéral en maintenant la taxe occulte, en refusant d'abaisser le régime fiscal direct notamment, et en étant très peu ouvert à la taxe sur la valeur ajoutée.

Quatrième et dernier exemple: l'évolution – dit le Conseil fédéral – du contexte international nous pousse à une action rapide et résolue, faute de quoi nous nous verrions contraints de procéder à des réformes devenues inévitables à un moment où notre compétitivité se serait encore affaiblie. Et que fait-on, par exemple, en ce qui concerne le droit de timbre bancaire? On renâcle, on tergiverse, on retarde jusqu'à la date de la votation. Là, ce n'est ni cohérent ni raisonnable. Or il y a des signes: lisez l'Agence économique et financière d'aujourd'hui, vous y verrez que le Crédit suisse holding tient sa conférence de presse à Londres, c'est un signe, et un mauvais signe.

Dans ce contexte, vous l'avez compris, Monsieur le Conseiller fédéral, la nouvelle musique libérale du gouvernement sonne particulièrement bien aux oreilles des radicaux. Mais sur cette musique, il faut maintenant rapidement et résolument se mettre à écrire les paroles.

Pour conclure, je voudrais exprimer deux convictions profondes. La première est que l'élaboration d'un programme de revitalisation de notre économie par l'amélioration des conditions-cadres est une urgente nécessité. C'est pourquoi nous vous demandons, Monsieur le Conseiller fédéral, que le message sur l'Espace économique européen contienne un chapitre essentiel sur cette question. Il s'agit en effet d'un problème vital pour la prospérité de notre pays, et c'est une question préalable essentielle à tout débat sur un quelconque rapprochement de la Suisse avec le Marché commun. Le remède est entre nos mains, n'entretenons pas d'illusions lyriques: le secours ne viendra pas de l'Europe.

Ma deuxième conviction profonde, c'est que, pour être crédible et efficace, la politique néolibérale que nous appelons de nos vœux doit être accompagnée d'une politique sociale responsable. Le libéralisme doit permettre les nécessaires et inévitables adaptations et restructurations de l'économie, mais celles-ci peuvent avoir des conséquences humaines douloureuses. Il faut donc une bonne politique face au problème du chômage. Dans ce domaine, des améliorations doivent encore être apportées, tout particulièrement pour les chômeurs arrivant en fin de droit. Tant il est vrai que, pour s'accomplir, la liberté a besoin de solidarité.

M. Egly: Les rapports du Conseil fédéral sur la situation économique extérieure se suivent et ne se ressemblent pas tout à fait. Disons-le d'emblée, le rapport de cette année plaît particulièrement aux libéraux. Nous aimerions en féliciter réellement ceux qui l'ont conçu et rédigé, Monsieur le Conseiller fédéral, surtout en ce qui concerne la première partie qui se base notamment sur les observations des experts de l'OCDE, afin d'examiner d'un oeil critique la situation économique de la Suisse, l'état de ses structures, de ses habitudes, pourrait-on dire. Monsieur le Conseiller fédéral, ferons-nous vous plaisir en disant que ces pages pourraient servir de programme et de réflexion au Parti libéral pour une campagne électorale? «Plus gouvernementaux que les libéraux, tu meures», direz-vous peut-être. Cela dépend, et j'y viendrai.

Oui, nous adhérons pleinement à des phrases comme celles-ci: «Des secteurs de plus en plus nombreux de notre économie se sont mis à déplorer la frénésie de réglementation qui se manifeste aux trois échelons de l'Etat»; ou encore: «Les dangers que font courir à la Suisse les lacunes qui existent depuis des années en matière de conditions-cadres». Les auteurs du rapport sont fort opportunément à l'écoute des organismes internationaux. Il est ainsi fait référence au dernier rapport du GATT, lequel souligne que l'inadéquation de sa politique du marché intérieur compromet sérieusement les chances de la Suisse de réaliser les avantages du libéralisme de sa politique extérieure.

En effet, durant des années, pour ne pas dire des décennies, la contradiction ne frappait pas les esprits, mais maintenant que la Suisse n'est plus l'élève exemplaire des pays occidentaux, les lacunes, les défauts, les paralysies apparaissent. Oh! ne tombons pas dans la délectation morose, la Suisse garde bien des atouts qui peuvent laisser présager des lendemains audacieux. Mais comme le dit le rapport, il faut remédier d'urgence à la quasi suppression des mécanismes du marché dans divers secteurs de notre économie. Et même si tous les cartels, tant s'en faut, n'ont pas toujours des effets mauvais, la Suisse n'a pas moins besoin de toute urgence d'une politique de la concurrence vivifiée. Cela va aussi bien pour le marché privé que dans le secteur public, adjudication de travaux par nos autorités, etc.

Oui, Monsieur le Conseiller fédéral, nous sommes d'accord avec les éléments d'une nouvelle orientation de la politique économique que propose le rapport; nous sommes d'accord avec l'objectif de déréglementation, d'allègement des procédures administratives; nous partageons les craintes du rapport en ce qui concerne le poids des budgets publics et nous approuvons, nous applaudissons des deux mains même, le souhait de doter la Confédération d'un système fiscal moderne et eurocompatible. Mais alors, Monsieur le Conseiller fédéral, là s'arrête, si vous me le pardonnez, le jet de fleurs libéral au Conseil fédéral. Je serais même, pardonnez-moi encore, légè-

rement ironique. Lorsque M. Stich, conseiller fédéral, refuse si longtemps d'alléger le droit de timbre et de proposer un projet fiscal moderne, est-il sur la même longueur d'ondes que les auteurs du rapport? Lorsque M. Koller, avec toute la courtoisie qui le caractérise et qui fait que nous l'apprécions, n'en rechigne pas moins à supprimer un arrêté antispéculation devenu vide de sens et ameuté ses troupes afin de le sauver, a-t-il lu ce rapport? Lorsque tel département prépare une batterie de prescriptions nouvelles ou renforcées, ses responsables ont-ils lu le rapport? Je vais être plus cruel encore: les rédacteurs de ce rapport ont-ils été des spécialistes de la politique économique extérieure, prodiguant des conseils aux responsables de la politique économique intérieure, conseils dont ces derniers se soucieraient parfois comme de colin-tampon? J'exagère sans doute, Monsieur le Conseiller fédéral, pour la beauté du discours, d'autant plus que vous embrassez de votre forte étreinte l'économie du pays dans son ensemble et je ne saurais, à cet égard, vous mesurer le crédit, fût-il hypothécaire.

Toutefois, n'est-ce pas le moment pour le Conseil fédéral – je dis bien pour le Conseil fédéral – de joindre l'acte à la parole avec tous ses départements et au même diapason, quelles que soient les tâches et les charges particulières de chacun? Ce rapport, par ailleurs, analyse notre position au sein de l'AELE et nos relations avec la CEE dans la perspective de l'Espace économique européen cela en regard de nombreuses autres institutions. L'interdépendance multilatérale qui nous enveloppe est fort bien évoquée. Pour notre part, nous pensons que c'est bien la pression extérieure, que c'est bien cette interdépendance inévitable qui constitue les meilleures chances – je dirais les nécessités heureuses – devant nous conduire à un libéralisme intérieur correspondant à notre libéralisme extérieur, au lieu qu'ils se contredisent en partie. C'est notamment pour cela que nous souhaitons la ratification de l'Espace économique européen; c'est pour cela que nous plaçons cet Espace économique européen dans une perspective d'adhésion à la Communauté européenne, tout en séparant bien les deux démarches; que nous attachons aussi toute l'importance voulue au GATT, afin que les conditions européennes et internationales favorisent le libéralisme des échanges qui nous est tellement nécessaire à nous, Suisses; et même l'agriculture devra faire un bout de chemin, afin que s'instaure à l'intérieur un libéralisme parallèle et correspondant à ce que nous demandons à l'échelon international. Au fond, il faut que nous soyons nous-mêmes contraints par ce que nous proposons à grands cris sur les scènes internationales.

Voilà, Monsieur le Conseiller fédéral, l'essentiel de ce que les libéraux ont envie de vous dire à propos de ce rapport. Ils apprécient hautement votre engagement personnel et celui de vos collaborateurs auxquels ils tiennent à rendre hommage. Par ailleurs, ils approuvent le protocole prorogeant l'arrangement sur le commerce international des textiles, ainsi que l'accord entre les pays de l'AELE et de la Turquie, accord qui correspond à celui passé par la Turquie avec la Communauté européenne. Certes, la pression sur ce pays en faveur des droits de l'homme doit se poursuivre, Madame Bäumlín. Le thème a été abordé lors de la conclusion de cet accord et de sa présentation à Genève, mais il serait tout à fait inopportun d'en tirer argument pour retarder la ratification suisse. A cet égard, je me réfère, pour ne pas allonger, à ce que M. Maitre, rapporteur de langue française, a affirmé tout à l'heure: nous partageons totalement ce point de vue sur les droits de l'homme. C'est d'ailleurs le Conseil de l'Europe qui est en prise directe, le débat sur la Turquie y ayant souvent lieu.

En conclusion, le groupe libéral prend acte de cet excellent rapport avec grand intérêt et en insistant pour que l'on en tire, autorités fédérales, collégiale en tête, toutes les conséquences souhaitables.

Moser: Die strategische Betrachtung des Bundesrats zu den Rahmenbedingungen für die Schweizer Wirtschaft ist in der Tat ernüchternd. Insbesondere beklagt er die tendenzielle Abnahme der Standortqualität; schon vor zwei Jahren habe er auf die abnehmende Standortqualität und auf die entsprechende Herausforderung für die Wirtschaftspolitik der Schweiz hingewiesen.

Genau diese Aussage irritiert mich. Wenn also der Bundesrat schon vor zwei Jahren dieselbe Feststellung gemacht hat wie heute, dann frage ich mich schon: Was hat denn der Bundesrat gegen diese Entwicklung gemacht? Ich kann es Ihnen sagen: Nichts, rein gar nichts – im Gegenteil. Er ist nebst diesem Parlament weitgehend mitverantwortlich, dass innovative schweizerische Unternehmen nicht mehr bereit sind, in unserem Land zu investieren; statt dessen gehen sie ins Ausland. Jetzt gibt es auch noch Bundesräte, die jede sich bietende Gelegenheit benutzen, die Verschlechterung der angesprochenen Standortqualität dem Umstand zuzuschreiben, dass wir nicht der EG angehören. Nein, dies geschieht in erster Linie, weil wir uns in der Schweiz fast monatlich ein neues Gesetzeskorsett zugelegt haben und dadurch der Werkplatz Schweiz für viele Unternehmer zu einem Risikoplatz geworden ist. Es sind Exekutive und Parlament auf allen Stufen, die den wirtschaftsfeindlichen Bestrebungen der Linken und Grünen dauernd nachgegeben haben. Als Resultat hat sich die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes zunehmend verschlechtert. Nur will das natürlich niemand zugeben. So geht es nach wie vor weiter: Marktwirtschaftlich fragwürdige Staatseingriffe gehören zur Tagesordnung, wettbewerbsverzerrende Regulierungen werden mit gütiger Hilfe der bürgerlichen Mehrheit trotz der heutigen wirtschaftlichen Schlechtwetterlage immer noch neu eingeführt; Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit seien hier nur am Rande erwähnt.

Es ist aber allerhöchste Zeit – wie es der Bundesrat in seinem Bericht mutig sagt –, zu einer ordnungspolitischen Besinnung zu kommen. Die Ansätze künftiger Politik in diesem Bericht sind absolut richtig. Erlauben Sie mir, dazu zu bemerken, dass die erwähnten Lösungsansätze zur Verbesserung der Lage zufälligerweise beinahe Teilauszüge aus dem Parteiprogramm der Auto-Partei sind. Ich hoffe nur, dass der Bund tatsächlich innerhalb nützlicher Frist seiner Verantwortung nachkommt und vor allem in Richtung Liberalisierung und Deregulierung nun endlich, endlich aktiv wird und dass dieser Bericht nicht zu einem gewöhnlichen Papiertiger wird.

Abschliessend möchte ich noch bemerken, dass ich etwas erstaunt darüber bin, dass die vom Bundesrat skizzierten Ansätze künftiger Politik in einem Aussenwirtschaftsbericht Aufnahme finden; denn der angesprochene Gesundungsprozess bezüglich Standortqualität ist für mich in erster Linie aus binnenwirtschaftlichen Gründen zwingend und erst in zweiter Linie aus aussenwirtschaftlichen Gründen. Oder zielt dies etwa darauf ab, uns beliebt zu machen, dass wir nebst unserem eigenen Gesetzeskorsett auch noch die Zwangsjacke der EG so schnell wie möglich überziehen müssen? Ich hoffe nicht.

Zum Rückweisungsantrag von Frau Bäumlín: Eine Rückweisung bringt überhaupt nichts. Das war ein reiner Griff in die Trickkiste, damit sie auch noch zu Wort kam.

M. Ruffy: Prendre acte d'un rapport tient toujours un peu de la formule ambiguë qui, sans l'engager tout à fait, implique le lecteur, lequel pourra néanmoins toujours être pris à témoin par l'auteur – en l'occurrence le Conseil fédéral – au moment opportun. L'adage dit que «qui ne dit mot consent», je vais donc vous dire quelques mots pour exprimer sans détour, les réactions socialistes, qui sont des mises en garde suscitées par la présentation quelque peu simpliste et idéalisée d'options déguisées sous des assertions. Nous espérons à cet égard que les lignes directrices pour la législature permettront de faire le départ entre les options politiques du Conseil fédéral et de simples déclarations de principe.

Dans sa richesse, ce document contient à l'évidence des aspects positifs, donne lieu à un certain nombre de développements et de réflexions, que vous avez d'ailleurs faites, Monsieur le Conseiller fédéral – notamment lorsque vous avez insisté sur la dépendance entre l'extérieur et l'intérieur en matière économique aujourd'hui – et aussi sur le fait que de plus en plus l'écart entre le conjoncturel et le structurel devient ténu, malmenant la théorie tout comme la pratique économiques traditionnelles, ce qui nous pose un problème politique dont il faudrait débattre, compte tenu de la nouveauté.

Ces bons points étant donnés, je voudrais passer maintenant

aux critiques et au caractère provocateur de références implicites mais appuyées au «reaganisme» et au «thatchérisme» qui, à nos yeux comme à beaucoup d'autres, sont des mouvements aujourd'hui dépassés, dénoncés, y compris dans des articles publiés chez nous, notamment dans ceux de Galbraith qui ne peut pas être taxé d'anti-américanisme primaire. L'effondrement de l'économie planifiée ne doit pas être le prétexte à porter aux nues des systèmes libéraux à l'américaine ou à l'anglaise, des sociétés qui accusent un chômage chronique de 8 à 9 pour cent et où, comme au dix-neuvième siècle, des enfants non scolarisés travaillent dès l'âge de dix ans. Ce ne sont pas des modèles à suivre, en tout cas pas pour l'Europe de demain.

Je le dis tout net: nous autres, socialistes, refusons une société helvétique qui connaîtrait de tels taux de chômage, notamment dans une société comme la nôtre, formée d'«homo faber» où la privation de travail est synonyme de toutes les disqualifications, professionnelle bien sûr, mais aussi sociale et culturelle. Pas de société à deux vitesses, à quelque échelle que ce soit – régionale, nationale ou internationale. A cet égard, nous devons réaliser aujourd'hui que la planète est devenue un village et nous comprenons mal, par exemple, que l'Afrique soit totalement absente des négociations du GATT. Pour nous Occidentaux nantis, peu importe les dégâts de demain, il faut aujourd'hui que le prix du sucre ou de la banane soit le plus bas possible, et tant pis si ces modes de pression économique entraînent la désolation dans un continent! A cet égard, le contenu du rapport frise le cynisme.

Pas de société à deux vitesses, ni chez nous ni ailleurs. La gauche a de bonnes raisons de préciser que l'engouement pour la dérégulation conduit parfois à l'instauration d'une flexibilité qui ne sera que l'exploitation éhontée de la vulnérabilité des plus faibles.

Vous pouvez puiser au plus profond de votre argumentaire, Monsieur le Conseiller fédéral: la décision d'abolir l'interdiction du travail de nuit des femmes, fût-elle prise à l'échelle européenne, reste à nos yeux une regrettable victoire du capital sur le travail, un coup porté aux acquis sociaux dont personne ne peut se féliciter. Avant que les acteurs du capitalisme suisse ne cèdent à la fascination, par définition trompeuse, de l'économie de marché, il faut rappeler que dans la composante économique de notre système helvétique, accepté jusqu'à présent, il y avait plus que des traces d'un système solidaire sur le plan social: paix du travail dans l'industrie, respect du principe de la compensation du renchérissement en matière salariale, prise en charge de l'agriculture pour de bons motifs qui dépassent le strict objectif de production, péréquation entre régions développées et régions structurellement menacées.

Les premiers coups portés à cette construction ont déjà suscité de fortes réactions et si des mesures palliatives, transitoires mais substantielles, ne sont pas prévues et prises à temps, ces manifestations pourraient reprendre de manière beaucoup plus forte. Si la Suisse en tant que Confédération est appauvrie et paralysée au point de ne plus pouvoir assumer ses devoirs de solidarité, on pourrait avoir des craintes pour l'avenir de notre société et de notre pays.

Pour paraphraser le ministre des affaires étrangères de la France, je dirai, Monsieur le Conseiller fédéral, que vous êtes connu pour un homme qui aime – et qui sait – barrer par gros temps. Vous l'avez déjà prouvé et nous sommes convaincus que vous en êtes encore tout à fait capable. Les prévisions économiques sont plutôt aux turbulences et à la mer agitée. Or, vous le savez bien, de telles séquences de l'histoire, faites de vagues anormales, difficilement prévisibles, commandent que la barque de l'Etat dispose de ressources, de forces en réserve, non pas tellement pour rendre crédible l'annonce de zones de calme mais pour assurer un minimum de cohésion sociale au sein d'une population gagnée par l'inquiétude et surtout pour donner l'assurance d'être repêchés à ceux qui, sans avoir commis d'erreur, pourraient se trouver balayés par une lame de fond.

Dans de telles circonstances, donner dans la théorie de l'affaiblissement de l'Etat est non seulement humanitairement insoutenable mais politiquement dangereux, pour ne pas dire

suicidaire, pour une Confédération qui s'est toujours voulue démocratique.

Vollmer: Der Aussenwirtschaftsbericht ist eigentlich wie ein Steinbruch; man kann beliebige Stücke herausbrechen und sich darüber unterhalten. Ich möchte meine Betrachtungen zuerst auch mit einer durchaus positiven Würdigung beginnen.

Dieser Aussenwirtschaftsbericht über die Lage der gegenwärtigen Wirtschaft ist tatsächlich kritischer denn je. Es ist quasi ein Bericht über die Lage der Wirtschaftsnation; wir halten ihn für sehr gut und sehr nützlich.

Ich möchte hier – gemäss der Forderung von Herrn Mühle- mann – nicht in die alte Krankheit verfallen und jetzt einfach den Schwarzen Peter in bezug auf die Ursachen der schwierigen Situation, in der sich unsere schweizerische Wirtschaft befindet, hin- und herschieben. Aber wir stellen mit Genugtuung fest – wir danken dem Bundesrat für diese glasklare Analyse –, dass offenbar die Schwierigkeiten des Wirtschaftsstandortes Schweiz nicht in erster Linie durch die Forderungen, Postulate und Aktionen der Linken und Grünen verursacht wurden, sondern dass diese Schwierigkeiten weitgehend durch die Wirtschaft selber verursacht wurden: nämlich durch die Kartellierung und durch das öffentliche Beschaffungswesen. Das hat dazu geführt, dass dieser Staat tatsächlich zur Milchkuh verkommen ist, aber nicht zur Milchkuh, die vom sozial Schwachen beansprucht werden will, sondern zur Milchkuh weiter Teile unseres Gewerbes und unserer Industrie, die durch die Kartellierung und durch die Regelungen des öffentlichen Beschaffungswesens in den letzten Jahren ganz fett verdient haben. Dieser Umstand hat ganz wesentlich dazu beigetragen, dass wir heute in der Wirtschaft einige Anzeichen von Schwäche feststellen müssen.

Enttäuscht sind wir bei diesem Bericht von den bundesrätlichen Konsequenzen. Es wurde bereits darauf hingewiesen: Es wird eine sehr undifferenzierte Forderung aufgestellt, die Forderung nach totaler Liberalisierung, die Forderung nach totaler Deregulierung. Herr Ruffy hat anhand einiger Beispiele bereits darauf hingewiesen. Müssen wir nicht auch etwas aus der Deregulierungspolitik lernen, welche uns die USA und vor allem auch England in den letzten Jahren vorgemacht haben? Alles andere als eine Stärkung der Wirtschaft ist daraus resultiert – das Gegenteil, eine völlig innovationsschwache, eine sozial total deregulierte Wirtschaft.

Wir sind enttäuscht, dass der Bundesrat nach seiner sehr klaren Analyse keine klaren Vorstellungen hat bezüglich des politischen Handelns. Wie wollen Sie die Umweltpolitik deregulieren? Müssen wir nicht auch aus dem lernen, was, wie wir feststellen mussten, in den osteuropäischen Ländern vor sich ging? Weil dort keine Umweltvorschriften vorhanden waren, konnte man sich über alle ökologischen Probleme hinwegsetzen und hat eine Wirtschaft entwickelt, die heute nicht mehr auf einem hohen technologischen Stand, nicht mehr der Zeit angepasst ist und sehr viele Altlasten zu überwinden hat.

Ein hoher Umweltschutzstandard hat in der ganzen Welt dazu geführt, dass die Wirtschaft zur Innovation gezwungen wurde, dass sie sich auf einem hohen technologischen Stand entwickeln konnte. Es ist für uns völlig unverstänlich, wenn der Bundesrat heute in seinem Bericht propagiert, man müsste eben auch im Bereich der Umweltpolitik und der Bodenpolitik deregulieren, liberalisieren, und das als Beitrag zur Stärkung der schweizerischen Wirtschaft verkauft.

Eine weitere Kritik, die wir anbringen müssen: Wir vermischen in diesem Aussenwirtschaftsbericht eine Vernetzung der verschiedenen Problembereiche. Die Deregulierung kann in einigen Bereichen tatsächlich zur Innovation führen. Wir haben mit Genugtuung festgestellt, dass beispielsweise im Bereich des Arbeitsmarktes unser herrschendes inakzeptables Saisonierstatut – also ein völlig regulierter Arbeitsmarkt – dazu geführt hat, dass wir eine Wirtschaft mit einer sehr tiefen Wertschöpfung entwickelt haben. Diese tiefe Wertschöpfung ist heute eine Schwierigkeit in bezug auf die aussenwirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit.

Der Bundesrat müsste uns auch erklären, wie er seine Deregulierung

und seine Liberalisierung in bezug auf die regionalpolitische Entwicklung durchsetzen will.

Ich möchte noch ein Anliegen aufgreifen, das vor allem auch Kollege Jaeger mit sehr deutlichen Worten auf den Punkt gebracht hat: Wir erwarten vom Bundesrat endlich eine Klärung seiner europapolitischen Position. Wir meinen, dass das gegenwärtige Zögern und Zaudern nicht nur unsere wirtschaftliche Position schwächt; sondern es schwächt und belastet auch die kommenden Diskussionen zum Vertrag über den Europäischen Wirtschaftsraum, den wir nicht nur hier im Rat, sondern vor allem auch mit der Bevölkerung diskutieren müssen und zu dem die Bevölkerung sich aussprechen muss.

Herr Bundesrat, wir erwarten hier noch einige mutige Worte. Bringen Sie eine Klärung, damit wir wissen, auf welchem Weg der Bundesrat marschieren will, und uns entsprechend einstellen können. Die gegenwärtige Situation führt zu Unsicherheiten. Das kann nicht der Weg sein, um diese Probleme, die der Bundesrat zu Recht in seinem Bericht angeführt hat, zu bewältigen und zu überwinden.

M. Rebeaud: Je veux d'abord manifester ma gratitude à M. Mühlemann qui a tout à l'heure renoncé à faire porter le poids de la crise économique que nous connaissons sur la prétendue coalition rouge-verte. Il a raison, il ne faut pas chercher les coupables. Le fait qu'il ait renoncé à cet exercice me permet également d'éviter de rappeler à la majorité de ce Parlement, notamment du Parti radical, qu'il y a cinq ans c'est elle qui nous a empêchés de réformer la loi sur les cartels de manière à alléger leur poids.

Depuis une année à peu près, nous assistons à des changements d'opinion extrêmement rapides et brutaux. Je me félicite qu'on puisse enfin dire du mal des cartels et dénoncer les situations qui résultent de l'hypercartellisation de la Suisse. Je n'aimerais cependant pas que le virage à 180 degrés que ce Parlement et ce gouvernement semblent en train de prendre nous mène trop loin dans l'autre direction, et qu'on parte tête baissée dans l'idéologie néo-libérale qui fait tellement plaisir à quelques-uns et dont les ravages sont déjà constatables à l'étranger, notamment aux Etats-Unis, en Grande-Bretagne et même en France. Cela se mesure en termes de qualité de la vie, d'alphabetisation, de qualité des soins médicaux, de taux de clochards et aussi de consensus social. Nous ne pouvons pas assimiler la décartellisation ou une certaine dérégulation de l'activité économique, là où il y a des blocages insoutenables, à une désétatisation de la société. Il faut agir de manière exactement contraire. Il faut que l'Etat soit meilleur. J'y reviendrai lors de ma conclusion.

Je ne répéterai pas toutes les félicitations dont le Conseil fédéral a été abreuvé pour la première partie de son rapport qui est lucide. Nous devons tous l'applaudir. J'aimerais simplement insister, comme l'a fait M. Ruffy avant moi, sur la lacune que présente ce rapport: il y manque une évaluation des mesures qu'il faudra prendre parallèlement à la dérégulation préconisée, car on ne peut pas l'envisager sans des compensations. Il faudra – l'exercice est difficile – envisager autre chose que de retomber dans les vieilles recettes de l'Etat providence, car nous connaissons leurs limites. Il faudra donc faire preuve d'une certaine imagination.

Il aurait été bon et nous aurions aimé que, quelque part dans son rapport, le Conseil fédéral marque nettement les limites de l'espoir dans la dérégulation. Ce serait nécessaire car, dans le cas contraire, nous allons alimenter le processus mondial, déjà actif dans le cadre de la Communauté européenne et du GATT, de la dérégulation et du libéralisme sans contrôle étatique qui conduit – nous le savons – probablement à une croissance tous azimuts, mais de tout. M. Maître a parlé en introduction des apôtres de la croissance zéro. Moi, je ne les connais pas et je n'en suis pas. Ce que je sais, c'est que dans un certain nombre de domaines la croissance a été trop forte. Je désigne la consommation d'énergie. Je nomme toute une série de secteurs dans lesquels l'utilisation des ressources de la nature, maintenant au niveau planétaire, atteint des limites (forêts tropicales, qualité de l'air, etc.). Dans ces domaines, il ne faut pas viser la croissance zéro, mais une certaine décroissance sur le plan de la consommation. Dans d'autres domai-

nes, nous avons besoin d'une croissance, notamment dans le tiers monde où elle est indispensable pour certains services de l'Etat, là où apparaissent des tâches nouvelles. La dérégulation est la croissance de tout, aussi de la pauvreté, du gaspillage. C'est la croissance dramatique et extrêmement dangereuse de l'écart entre ceux qui sont bien placés, entrepreneurs, dans les bonnes situations et qui gagneront beaucoup d'argent, et les autres. Et les autres, les défavorisés, ne sont pas seulement les Africains, les Asiatiques, mais aussi une partie importante de la population suisse qui, si elle n'est pas protégée par de nouvelles formules et encouragée à s'insérer dans de nouveaux contrats sociaux, se retrouvera dans la fameuse société à deux vitesses qui est la conséquence logique et mécanique d'un libéralisme incontrôlé, qui prendrait des allures sauvages que certains d'entre vous semblent souhaiter. Je sais que le Conseil fédéral ne se veut pas être un partisan du libéralisme sauvage décrit ci-dessus, mais je lis et j'entends certaines affirmations. Pas plus tard que ce matin, on pouvait relever dans *24 Heures* un article relatif au groupe de travail sur la réforme de l'économie suisse (Groupe de Pury) qui indiquait: «Il doit apparaître clairement que la reprise de petites et moyennes entreprises telles qu'elles sont gérées actuellement n'en vaut plus la peine». Cette espèce d'ambiance générale de dérégulation sans mesures prévisionnelles des conséquences sociales et écologiques est dangereuse. J'aimerais que le Conseil fédéral se prononce très clairement sur les dispositions internes et les tâches qu'il entend se donner pour éviter que cette évolution ne se vérifie trop brutalement chez nous, parce qu'évidemment la Suisse doit s'adapter à des problèmes dont l'ampleur la dépasse.

Je ne vais pas, à l'image de M. Eggly, demander à M. Delamuraz de nous dire ce qu'il pense de ses rapports avec M. Koller ou des propos que tiennent MM. Stich ou Cotti. Je souhaite simplement qu'en plus de la recherche des ressources financières nécessaires à l'Etat pour qu'il soit à la hauteur des tâches indispensables – et celles-ci sont en croissance – le Conseil fédéral se donne une discipline interne et refuse de répondre à des questions du genre de celles que pose M. Eggly. Nous n'avons pas à savoir ce que pense M. Delamuraz ou M. Felber ou M. Koller de tel ou tel aspect ou de tel ou tel projet du Conseil fédéral. Nous avons besoin d'avoir des porte-parole du gouvernement qui ne s'expriment pas en leur nom personnel et auxquels nous pouvons faire confiance lorsqu'ils communiquent le point de vue du Conseil fédéral. Pour moi, ce rapport est celui du Conseil fédéral et si M. Cotti n'est pas d'accord il fallait qu'il le dise avant au sein de l'Exécutif, et non ensuite à des oreilles toujours très attentives et qui traînent dans tous les couloirs.

J'aimerais que nous puissions éviter de nous fixer uniquement sur des questions matérielles, même si elles sont importantes. Nous devons aussi être attentifs à des questions de qualité de l'autorité politique de ce pays. Un des éléments de cette qualité, c'est la cohérence, pour ne pas dire la cohésion, des discours du Conseil fédéral.

En conclusion, nous allons évidemment prendre connaissance de ce rapport et écouter avec intérêt la réponse du Conseil fédéral. Nous tenons à rappeler que la capacité concurrentielle d'un pays, c'est-à-dire sa valeur à l'échelon mondial, ne se mesure pas seulement aux bénéfices de ses entreprises et au rendement de l'impôt, mais aussi à sa cohésion sociale, à la confiance que les citoyens placent dans leur gouvernement – aussi bien cantonal que fédéral – et à sa capacité de ménager une juste place à ceux de ses ressortissants qui ne peuvent pas se battre sur le ring où des affrontements sauvages promettent les restructurations futures.

Wyss, Berichterstatter: Damit wir genügend Zeit für die anschließende Diskussion der Interpellationen und die Antworten des Herrn Bundesrates haben, verzichte ich auf Kommentare zu den sehr interessanten Ausführungen. Diese Ausführungen – das ist erfreulich – entsprechen dem, was in der Kommission gesagt wurde.

Zusammenfassend würde ich als Berichterstatter einfach sagen: Entscheidend ist offensichtlich – das ging aus allen Voten, auch heute, wieder hervor –, dass der gemeinsame Wille

für Verbesserungen auf der Basis der Marktwirtschaft vorhanden ist. Dazu braucht es – nebst den Worten – jetzt natürlich auch Taten, es braucht Innovation, es braucht Mut. Und das ist das, was wir als Schweiz gegenüber dem Ausland brauchen. Ich komme gerade von einer Reise in die Tschechoslowakei zurück: Wir haben nicht mehr den gleichen Stellenwert wie früher. Das kann nur verbessert werden, indem wir uns selbst verbessern.

M. Maître, rapporteur: Il résulte du débat que nous avons eu que tout le monde est d'accord sur un point: nous avons besoin de plus de concurrence, de plus d'ouverture pour notre économie. Personne n'a défendu les rentes de situation, les entraves cartellaires au jeu de la libre concurrence. Il convient de prendre acte de ce premier point avec satisfaction.

Le deuxième point est celui-ci: face à certains qui ont craint les références au reaganisme et au thatchérisme, il faut dire et redire que l'ouverture nécessaire, la libéralisation souhaitable ne doivent pas l'être sur la base de certains créneaux ne correspondant effectivement pas à la structure économique et sociale de notre pays. Il n'est donc pas question, dans ce sens, d'envisager le retour à une sorte de loi de la jungle – à supposer qu'elle ait existé un jour. Les inquiétudes exprimées à ce sujet sont légitimes, car elles servent de garde-fou précieux.

Mais il ne faut pas confondre un Etat fort, qui est absolument nécessaire, et une administration pléthorique. Il faut bien être d'accord sur le fait qu'un Etat respecté ne doit pas être un Etat tatillon – c'est même généralement le contraire qui se produit lorsqu'il prend le risque de le devenir. Notre gros problème en Suisse, c'est que, après la mode de l'Etat de droit, qui est nécessaire puisqu'il y va de la garantie d'un certain nombre de valeurs fondamentales, nous sommes devenus petit à petit un Etat de juristes, ce qui est une assez grande différence dans la perception des choses.

En réalité, ce débat montre qu'il y a en quelque sorte trois camps d'inégale importance: premièrement, celui où l'on accepte l'ouverture, cette libéralisation, et où, pour y parvenir, on dit oui à l'Europe; je n'ai pas entendu une personne de ce camp admettre qu'elle soit simultanément partisane d'une déréglementation aveugle, au contraire. Deuxième camp, celui où l'on dit «non» à l'Europe et à un certain nombre de mesures d'ouverture, tout en admettant une plus grande concurrence; les partisans du non sont un peu plus ambigus, mais fort heureusement moins nombreux. Dans le troisième camp, il y a ceux que j'appellerais «les champions du mais», c'est-à-dire ceux qui sont beaucoup plus attentifs à un certain nombre de conditions qui permettraient d'atteindre les objectifs qu'aux objectifs eux-mêmes. Cela est dangereux, car nous avons manifestement besoin de clarté dans les objectifs – ce qui ne signifie pas qu'ils doivent être atteints à n'importe quelle condition. Mais, de grâce, concentrons-nous sur eux sinon nous nous tromperons une fois encore de débat.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Il est tout à fait inutile d'imaginer qu'il soit possible, dans le cadre de cette avant-dernière journée de session, de traiter par le menu les nombreux aspects évoqués dans les interventions consacrées à l'examen de ce rapport annuel sur la politique économique extérieure. Il est tout aussi illusoire d'attendre du gouvernement des réponses exhaustives et générales à toute une série de questions posées dans le cadre de ce débat. Par conséquent, je me limiterai pour conclure ce débat, à quelques remarques générales sur ce rapport et sur les réflexions qu'il a suscitées, avant que de reprendre l'examen de la proposition de Mme Bäumlín, s'agissant de l'accord de libre-échange entre l'AELE et la Turquie.

Les démarches urgentes – et, à plus long terme, moins urgentes – qu'il s'agit d'entreprendre dans le domaine de la politique conjoncturelle ont un lien parfaitement logique avec le débat suivant et l'alimenteront très directement.

J'aimerais tout d'abord insister sur le phénomène à propos duquel nous faisons depuis des années des remarques répétées, mais qui n'a jamais autant que cette fois dû être souligné, celui de la dépendance étroite, inéluctable et profonde, de l'économie extérieure et de l'économie intérieure. Oui, jamais

autant qu'aujourd'hui nous n'avons pu souligner, avec de nouveaux exemples à l'appui, que notre prospérité suisse nous devons certes la gagner nous-mêmes, mais en étant capables de gagner et de renforcer nos positions sur les marchés étrangers – influence directe de la situation internationale sur notre situation – et de regagner ensuite nous-mêmes sans cesse le marché intérieur suisse, de plus en plus ouvert à la concurrence étrangère – nouvelle implication directe des conditions de l'économie internationale sur nos propres conditions.

Or, ces victoires que nous devons remporter, elles sont difficiles à obtenir pour deux raisons. Deux raisons qui échappent à l'acuité d'un certain nombre de nos compatriotes et à l'intention desquels je veux insister tout particulièrement. La première raison essentielle tient à l'ouverture grandissante des marchés au plan mondial, des marchés européens, quelle que soit la volonté de la Suisse, de son gouvernement, de son Parlement, de ses décideurs privés. Voudraient-ils ces Suisses se replier sur eux-mêmes, cultiver, comme Candide, leur petit jardin intérieur, qu'ils ne changeraient pas d'un iota cette marche inéluctable et bienvenue vers l'ouverture mondiale et européenne des marchés. Les cloisons sautent les unes après les autres entre les pays, entre leurs économies nationales et entre les régions du monde. Il n'y aura plus de privilèges possibles pour quiconque à l'avenir dans la fermeture et dans l'isolationnisme, si tant est que le recours à ces replis sur soi-même a pu, momentanément, ici ou là, payer, il ne paiera assurément plus.

C'est en quoi le discours que nous tenons depuis belle lurette ici a pris aujourd'hui une actualité nouvelle sur laquelle je veux ouvrir les yeux de ceux qui, dans leur cécité et dans leur contemplation intérieure, le nient et nient les effets directs qu'il a nécessairement sur nous. La réalité, l'interprétation lucide de cette réalité nouvelle, c'est que nous sommes condamnés à une concurrence croissante et qu'il faut accepter avec reconnaissance cette condamnation, parce qu'elle présente l'immense avantage dynamique de nous interdire la sclérose des privilèges protectionnistes. Je prends l'adjectif «protectionniste» dans toute son acception, protectionniste au plan national à l'égard de l'étranger, protectionniste à l'intérieur même du pays.

A cette première raison de l'ouverture des marchés, à laquelle nous assistons et à laquelle nous devons participer pour nos intérêts et nos avantages de demain, s'en ajoute une seconde: c'est l'augmentation visible, inexorable de la vitalité de nos concurrents traditionnels et de nouveaux concurrents. Ces deux raisons de l'âpreté du jeu économique international doivent nous conduire nous-mêmes à nous dépasser, en quelque sorte, pour que nous mettions les chances de notre côté, et non pour être nécessairement agréables aux autres. C'est le sens du message que délivre cette année, précisément, le rapport annuel de politique économique extérieure, et il est tout de même très typique que ce soit ce rapport-là qui insiste sur la connexion entre cette situation économique extérieure et la traduction que nous devons en prendre pour l'économie intérieure. C'est en cela que ce rapport n'est pas une sorte d'acte rituellement répété mais qu'il constitue, pour la première fois de cette façon, un avertissement à tous – et à nous, décideurs publics, Parlement et gouvernement – avec une part d'autocritique à l'égard du gouvernement et des décideurs privés.

Pour ne pas nous laisser aller au confort illusoire de l'isolement, de la fermeture à l'Europe et au monde, pour que nous préférions dans notre pays l'audace à la sécurité absolue, pour que nous choissions de créer plutôt que de recourir – car si la Suisse n'a pas fait une rafle de médailles d'or à Albertville, j'ai le sentiment qu'en revanche aux championnats du monde de la «recourite», l'or ruissellerait sur nos épaules – (*applaudissements partiels*) il faut réellement que nous ayons en compte les circonstances nouvelles dans lesquelles nous sommes placés, pas entièrement nouvelles par leur nature, mais décidément nouvelles par le degré d'acuité qu'elles ont acquies.

Discours, se sont demandé un certain nombre d'orateurs bienveillants qui souscrivaient au principe énoncé dans le rapport, mais qui se demandaient s'il n'y aurait pas loin de la

coupe aux lèvres et si on n'était pas en train de se gargariser de belles démonstrations académiques dont l'effet concret serait hypothétique. En ce qui me concerne, ce rapport lui-même énonce au point 1.3 les décisions et les suites concrètes qui devraient être données à ces principes.

A ceux pour qui ces suites concrètes ne sont pas suffisamment précises ou laissent encore en suspens un certain nombre de réflexions et d'attitudes qui seront celles du gouvernement à l'avenir, je tiens à dire en toute clarté que les conditions-cadres que nous appelons de nos vœux doivent en particulier satisfaire, dans le sens de ce rapport, quatre conditions: en premier, ce que nous devons vouloir, c'est garantir des mécanismes de prix et une concurrence qui fonctionnent; en second, c'est ouvrir l'accès à tous les marchés, c'est adapter nos structures et notre législation à cette ouverture que nous réclamons des autres et que nous devons offrir en réciprocité aux autres, dans le domaine des cartels, des achats publics, des prescriptions techniques, et cela quel que soit le résultat des négociations sur l'Espace économique européen et des négociations du GATT.

Que cela soit dit en toute clarté: le Conseil fédéral, pour les raisons qu'il a énoncées, souhaite l'aboutissement favorable de l'Espace économique européen, qui est actuellement en toute dernière phase de discussion avec nos partenaires; il souhaite parfaire l'intégration de la Suisse à la Communauté par une demande d'admission à celle-ci – suis-je suffisamment clair pour ceux qui demandent l'opinion du Conseil fédéral sur cette question? – il souhaite enfin l'aboutissement des négociations du GATT qui sont essentielles pour notre économie, l'agriculture y compris, et pour chacune de nos vies, pour chacune de nos destinées.

Mais même si ces objectifs ne pouvaient malheureusement pas être atteints, même si, parce que nous en aurions décidé nous-mêmes autrement ou bien parce que la Communauté internationale et la Communauté européenne n'auraient pas permis d'aboutir aux conclusions de l'Europe et du monde, même si cela devait être le cas, en aucune manière nous ne sommes dispensés d'exercices et d'adaptations de nos structures et de notre législation pour une plus grande ouverture, quelles que soient en quelque sorte les institutions. Je le dis en toute clarté pour ceux qui espèrent un repaire tranquille et confortable dans le ronronnement intérieur: tout cela nous est désormais interdit, même si les accords européens et mondiaux n'étaient plus notre fait.

La troisième condition que nous devons énoncer en ce domaine est que l'adaptation que nous devons opérer doit s'appliquer aussi aux réglementations relatives à l'activité professionnelle, au marché du travail, aux travailleurs étrangers, aux caisses de retraite et au libre passage, etc. Mais, et c'est une quatrième condition que j'entends mettre en exergue car le rapport n'y a peut-être pas suffisamment insisté, cette adaptation indispensable et rapide, tout autant de nos institutions et de nos réglementations que de notre état d'esprit d'abord, ne saurait renier de quelque façon ce que l'homme a pu acquérir au cours de l'histoire, socialement et moralement, quant à son statut dans le monde du travail mais aussi, de manière plus générale, quant à son statut personnel dans la société.

Cette société, dans le même temps qu'elle accomplit ses courageuses révolutions économiques, doit continuer d'être une société de solidarité; elle ne saurait casser cette solidarité au profit du capital comme on l'a décrit d'une manière assez étroite et assez anecdotique. Ceux qui occupent les emplois sont, dans leur statut et dans l'attention que nous devons leur porter, aussi importants que les emplois eux-mêmes. Mais voilà, pour pouvoir disposer d'un emploi dans lequel on soit bien, où l'on soit convenablement traité socialement, encore faut-il préalablement qu'il y ait un emploi. Et c'est à la création de ces emplois, vous l'aurez compris, que doit tendre, pour l'essentiel, le remaniement de nos conditions-cadres. Ce n'est pas seulement pour nos performances économiques mondiales et notre bonne inscription aux statistiques de l'OCDE, c'est d'abord et surtout, quant au tréfonds, pour donner au peuple de ce pays les occasions de travailler et de participer par conséquent à une aventure humaine toute de bien-être mais aussi de considération individuelle.

Je poursuis avec l'analyse des moyens qui doivent être engagés. Se fondant sur ces principes, qui sont les siens et non pas ceux d'un seul petit groupe, le Conseil fédéral, au-delà du rapport qu'il vous a présenté et qui a suscité un intérêt dont je vous remercie, prendra graduellement des mesures dans ce sens et il les annoncera – étape supplémentaire après ce débat – dans les lignes directrices de la législature actuelle. Ces éléments constitueront l'une des sept priorités d'action du gouvernement.

Je le répète encore une fois, des réglages seront nécessaires pour que cette politique ainsi énoncée s'accomplisse, des réglages dans les pouvoirs publics, chez les décideurs privés, dans tous les domaines. Il faudra procéder à des adaptations, dont certaines ne seront certes pas indolores et d'autres pas faciles à réaliser. Je ne balaie que devant la porte du Conseil fédéral, puisque, à ce que j'ai entendu, il y a déjà suffisamment à faire, et je dirai qu'à l'intérieur du gouvernement, nous devons sans doute procéder à un certain nombre de réglages pour que ces décisions aient en toutes circonstances l'unité légitime et nécessaire que doit revêtir toute décision gouvernementale. Ce ne sera pas difficile parfois pour des raisons d'antagonismes personnels, cela relève du folklore, mais je veux être plus sérieux. Je veux dire que si des réglages seront parfois difficiles à opérer c'est que, en ce qui nous concerne, il peut y avoir beaucoup d'inertie dans la décision publique. Beaucoup de décisions sont le résultat de réflexions antérieures, prises alors que les éléments que nous avons énoncés dans ce rapport n'avaient pas encore tout leur éclairage. Il y a une certaine continuité, pour ne pas dire inertie à assumer, ou plus exactement dont on n'arrive pas à sortir d'un seul coup.

Lorsque vous prenez l'exemple des finances fédérales, permettez-moi de vous dire qu'il n'est certes pas aisé, pour un gouvernement, de faire «tabula rasa» alors qu'il sort, avec majorité du Parlement, d'une épreuve populaire comme celle du 2 juin dernier, pour ne citer qu'un petit exemple, qui ici ou là conditionne ou conditionnera encore les audaces, voire les modérera, d'autant que dans certains domaines des ordres de réflexion et de valeur, concurrents ou antagonistes, devront aussi être pris en compte, que ces seules réflexions majeures ne pourront pas toujours avoir le terrain absolument libre, et dans l'immédiat.

J'en appelle à votre intelligence, hommes et femmes politiques de ce Parlement, à votre intelligence de la situation démocratique, pour que vous n'ayez pas la candeur d'imaginer que, par la seule vertu de ce rapport que vous acceptez en général, le monde ou la Suisse changera demain matin à la diane – sinon cet après-midi déjà. Nous ne sommes pas dans un domaine où le presse-bouton peut fonctionner. Nous sommes dans un domaine de transformations profondes où l'état d'esprit doit changer, et cela s'accompagnera certainement de périodes de transition. Je les souhaite avec vous aussi brèves que possible, car le temps court et, si nous ne courons pas, nos concurrents et nos partenaires dans le monde nous devanceront.

Madame Bäumlín, en dépit de la volonté politique et des mesures qui en ont déjà résulté de réformer les pratiques en matière du respect des droits de l'homme, des progrès considérables doivent encore être accomplis pour permettre à la Turquie de se prévaloir d'un système démocratique qui réponde aux normes et aux exigences de ses partenaires occidentaux, dont nous faisons partie. Les autorités suisses n'ont pas manqué une occasion d'exprimer cette réalité aux responsables turcs, et si les progrès en matière de respect des droits de l'homme de la part de la Turquie ont pour effet de réduire peu à peu les tensions dans la région, celles-ci ne sont pas encore entièrement résolues, nous vous l'accordons.

L'interdépendance entre ces phénomènes politiques, entre cette démarche démocratique et le jeu que peut être amené à jouer un accord de nature apparemment strictement économique puisque c'est un accord de libre-échange, cette connexion existe bel et bien. L'application d'un tel accord ne peut que faciliter la tâche du gouvernement turc en matière de respect des droits de l'homme. Un tel instrument est à la base d'un essor des relations économiques, assez lent au début, sans doute plus spectaculaire ensuite, et en particulier des re-

lations commerciales. Or, qui dit croissance économique, croissance des relations commerciales, dit amélioration des peuples en présence, dit meilleure intégration, meilleure stabilité pour certaines couches de la population, notamment celles qui sont reléguées dans la minorité; dit aussi contacts humains internationaux plus abondants, par conséquent terreau fertile, pour que s'accomplissent mieux les revendications des droits humanitaires et les revendications politiques que nous souhaitons avec la même ardeur que vous-mêmes. L'objectif de la Turquie est d'être partie prenante de l'intégration européenne, vous le savez. Sa demande d'adhésion à la Communauté est révélatrice. Or, ses chances d'y entrer sont étroitement liées à l'application d'une politique en matière du respect des droits de l'homme qui soit conforme à celle de l'Europe occidentale. L'accord de libre-échange actuellement à l'examen concourt aux interrelations de ce double objectif que sont pour la Turquie les droits de l'homme et l'intégration européenne. Nous ferions très mal en suivant Mme Bäumlín, en nous privant d'un instrument dont la signification extra-économique saute aux yeux, en nous privant en quelque sorte d'une chance pour la Turquie et pour nous, de concourir à parcourir ce chemin si difficile qui doit la conduire vers l'accomplissement des droits de l'homme, et de surcroît, tâchons de l'éviter plus que jamais, car nous nous mettrions en rupture des autres pays de l'AELE.

Parce que c'est non seulement raisonnable mais encore défendable, je vous demande de suivre votre commission, de suivre le Conseil fédéral dans l'accord de libre-échange de l'AELE avec la Turquie où la Suisse a aussi à jouer sa partition qui est en l'occurrence une partition dont toutes les paroles sont écrites.

Präsident: Die Kommission beantragt, vom Bericht samt Beilagen Kenntnis zu nehmen.

Zustimmung – Adhésion

*Entreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière*

A. Bundesbeschluss betreffend das Protokoll zur Verlängerung der Vereinbarung über den internationalen Handel mit Textilien

A. Arrêté fédéral approuvant le Protocole portant prorogation de l'Arrangement concernant le commerce international des textiles

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Art. 1, 2

*Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates*

Titre et préambule, art. 1, 2

*Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats*

Angenommen – Adopté

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
Für Annahme des Entwurfes*

132 Stimmen
(Einstimmigkeit)

B. Bundesbeschluss über das Abkommen zwischen den Efta-Ländern und der Türkei

B. Arrêté fédéral portant approbation de l'Accord entre les pays de l'AELE et la Turquie

Abstimmung – Vote

*Für den Rückweisungsantrag Bäumlín
Dagegen*

37 Stimmen
83 Stimmen

*Detailberatung – Discussion par articles***Titel und Ingress, Art. 1, 2***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, art. 1, 2*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté**Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Entwurfes

87 Stimmen

Dagegen

18 Stimmen

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

92.006

**Sperrfrist für die Veräusserung
nichtlandwirtschaftlicher Grundstücke.
Aenderung****Délai d'interdiction de revente
des immeubles non agricoles. Modification***Dringlichkeitsklausel – Clause d'urgence*

Siehe Seite 557 hiervor – Voir page 557 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 19. März 1992

Décision du Conseil des Etats du 19 mars 1992

Haering Binder, Hafner Rudolf, Hafner Ursula, Haller, Hämmerle, Herczog, Hollenstein, Hubacher, Jeanprêtre, Jöri, Ledergerber, Leemann, Leuenberger Moritz, Mauch Ursula, Meier Hans, Misteli, Rebeaud, Rechsteiner, Ruffy, Schmid Peter, Spielmann, Steiger, Thür, Tschäppät Alexander, Vollmer, Ziegler Jean, Zisyadis (49)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:

Béguelin, Bircher Silvio, Bischof, Maeder, Marti Werner, Matthey, Meyer Theo, Ruf, Stalder, Strahm Rudolf, Weder Hansjürg, Wiederkehr, Züger (13)

Abwesend sind die folgenden Ratsmitglieder – Sont absents:

Darbella, Duvoisin, Grendelmeier, Hari, Hildbrand, Keller Rudolf, Pini, Robert, Scheidegger, Segmüller, Steffen, Suter (12)

*Das qualifizierte Mehr ist erreicht**La majorité qualifiée est acquise**An den Ständerat – Au Conseil des Etats*

91.064

**Parlamentarische Delegation
bei der Efta. Bericht****Délégation parlementaire
auprès de l'AELE. Rapport**

Beschluss des Ständerates vom 10. März 1992

Décision du Conseil des Etats du 10 mars 1992

Kategorie V, Art. 68 GRN – Catégorie V, art. 68 RCN

Namentliche Abstimmung – Vote par appel nominal

Für Annahme der Dringlichkeitsklausel stimmen die folgenden Ratsmitglieder:

Votent pour la clause d'urgence:

Allenspach, Aregger, Aubry, Baumberger, Berger, Bezzola, Binder, Bircher Peter, Blatter, Blocher, Bonny, Borer Roland, Borradori, Bortoluzzi, Bühler Simeon, Bühler Gerold, Bürgi, Caccia, Camponovo, Cavadini Adriano, Chevallaz, Cincera, Columberg, Comby, Cotti, Couchepin, Daepf, David, Deiss, Dettling, Dormann, Dreher, Ducret, Dünki, Eggly, Engler, Epiney, Etique, Eymann Christoph, Fasel, Fehr, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Fischer-Sursee, Frey Claude, Frey Walter, Friderici Charles, Fritschi Oscar, Früh, Giezendanner, Giger, Gobet, Gros Jean-Michel, Grossenbacher, Guinand, Gysin, Heberlein, Hegetschweiler, Hess Otto, Hess Peter, Iten Joseph, Jaeger, Jäggi Paul, Jenni Peter, Keller Anton, Kern, Kühne, Leu Josef, Leuba, Leuenberger Ernst, Loeb François, Luder, Maitre, Mamie, Maspoli, Mauch Rolf, Maurer, Meier Samuel, Miesch, Moser, Mühlemann, Müller, Nabholz, Narbel, Nebiker, Neuenschwander, Oehler, Perey, Philipona, Pidoux, Poncet, Raggenbass, Reimann Maximilian, Rohrbasser, Ruckstuhl, Rutishauser, Rychen, Sandoz, Savary, Scherrer Jürg, Scherrer Werner, Scheurer Rémy, Schmidhalter, Schmied Walter, Schnider, Schwab, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Sieber, Spoerry, Stamm Judith, Stamm Luzi, Steinegger, Steinemann, Stucky, Theubet, Tschopp, Tschuppert Karl, Vetterli, Wanner, Wick, Wittenwiler, Wyss, Zölch, Zwahlen, Zwygart (126)

Dagegen stimmen die folgenden Ratsmitglieder:

Rejettent la clause d'urgence:

Aguet, Bär, Baumann, Bäuml, Bodenmann, Borel François, Brügger Cyrill, Brunner Christiane, Bühlmann, Bundi, Carobio, Caspar, Danuser, de Dardel, Diener, Eggenberger, Fankhauser, von Felten, Gardiol, Goll, Gonseth, Gross Andreas,

M. **Kündig**, conseiller aux Etats, présente au nom de la délégation suisse auprès du Comité de parlementaires des pays de l'AELE sur les activités de ce dernier en 1991 le rapport écrit suivant (*deutscher Wortlaut siehe Amtliches Bulletin des Ständerates, Frühjahrssession 1992*):

1. Introduction

Durant l'année 1991, le comité de parlementaires des pays de l'AELE s'est surtout intéressé aux négociations sur l'Espace économique européen (EEE), ainsi qu'à l'ouverture des pays de l'Europe centrale et orientale.

Si les séances n'ont pas été aussi nombreuses qu'en 1990, elles se sont cependant déroulées à un rythme soutenu tout au long de l'année. Le calendrier figure en annexe.

Comme cela avait déjà été le cas dans le rapport 1990 (91.008), nous ne traiterons pas chaque séance séparément, mais nous résumerons l'ensemble des principales activités du comité, qui sont divisées en quatre parties.

– Rencontres avec des représentants du Parlement européen

– Rencontres avec le Conseil des Ministres de l'AELE

– Ouverture des pays de l'Est: rencontres avec des délégations parlementaires de Hongrie, Tchécoslovaquie, Pologne et Yougoslavie

– Evolution du Comité de parlementaires

En 1991, la délégation était composée de MM. Bircher Silvio, Eggly, Wyss Paul, conseillers nationaux, de M. Gadiant, député au Conseil des Etats, et du rapporteur. Monsieur le conseiller national Bircher Silvio en était le président. Pour les années 1992/1993, la présidence sera assurée par le rapporteur.

Nous vous prions de bien vouloir prendre connaissance de ce rapport.

2. Rencontres avec des représentants du Parlement européen

Les membres du comité directeur («Agenda Committee») du Comité de parlementaires des pays de l'AELE ont formé un groupe de travail avec des membres de la Commission politi-

Aussenwirtschaftspolitik 1991

Politique économique extérieure 1991

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1992
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	11
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	92.002
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	19.03.1992 - 08:00
Date	
Data	
Seite	563-579
Page	
Pagina	
Ref. No	20 021 033

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.